

Mag. Anton Hubauer

Das Atomkraftwerk Zwentendorf

Berichterstattung in Ö1-Journalsendungen



Inhaltsverzeichnis

- 1. Die Beiträge**
- 2. Planung und Bau**
- 3. Das Entstehen der Opposition gegen das AKW**
- 4. Der Entschluss zur Volksabstimmung**
- 5. Die Volksabstimmung und die Folgen**
- 6. Literaturverzeichnis**

1. Die Beiträge

Die Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernkraft in Österreich, die Diskussion um das Atomkraftwerk Zwentendorf, seine wirtschaftliche Notwendigkeit, seine Sicherheit, die möglichen gesellschafts-politischen Auswirkungen seines Betriebes, die Atommülllagerung, um hier nur einige der umstrittenen Punkte zu nennen, war eines der beherrschenden innenpolitischen Themen der zweiten Hälfte der 70er-Jahre. Diese große, in ihren Auswirkungen auf die politische Landschaft Österreichs in mehrfacher Hinsicht wichtige und zum Teil sehr emotional geführte Diskussion stellt besonders für die Jahre 1977 und 1978 das beherrschende innenpolitische Thema dar. Aber auch in der Anfangszeit der Ö1-Journalsendungen war dieses Thema, die friedliche Nutzung der Atomkraft, in der innen- und außenpolitischen Berichterstattung durchaus nicht völlig unbekannt, auch wenn es in den 60er-Jahren noch nicht die große Streitfrage war, sondern eher als eine weitere technische Errungenschaft der modernen Ingenieurkunst betrachtet wurde. Zu einem Anliegen mit heftigstem pro und contra sollte es erst in den 70er-Jahren werden. Dabei fand die Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern der Atomkraft im Ausland, insbesondere in der BRD, Frankreich, Belgien, Schweden und den USA um Jahre früher als in Österreich statt. Der Grund dafür ist so simpel wie einleuchtend, Österreich errichtete sein erstes AKW um Jahre später als die meisten Staaten, die sich für diese Art der Energiegewinnung entschieden hatten. Umso zeitlich gestraffter, ja geradezu komprimierter, war dadurch diese Debatte in Österreich.

816 Beiträge weist der Katalog der Österreichischen Mediathek beim Suchbegriff „Zwentendorf“ und der Suche über alle Felder aus. 852 Beiträge sind es beim Suchbegriff „Atom“ und dem gleichen Suchmodus für den gesamten Bearbeitungszeitraum des Projektes, also von der Anfangszeit der Ö1-Journalsendungen im Oktober 1967 bis zum April 1973 und vom Mai 1976 bis zum Jahresende 1978. Das bedeutet aber nicht, dass nun alle 852 Beiträge ausschließlich vom österreichischen Atomkraftwerk im Tullnerfeld und dessen wechselvoller Geschichte berichten.

Darunter sind ebenso Beiträge über Kernkraftwerke auf der ganzen Welt, Proteste gegen die Atomstromerzeugung, neue technologische Errungenschaften auf dem Gebiet der Energiegewinnung, ein Beitrag über den skurrilen Vorschlag zur Atommülllagerung in einem Pazifikvulkan und den Atomsperrvertrag, um nur einige Punkte zu nennen, enthalten.

Zum österreichischen Weg der friedlichen Nutzung der Kernkraft gab es bis ins Jahr 1976 nur vereinzelte Beiträge, wobei im Jahr 1968/69 das Ende der Planungsphase und der Baubeschluss des AKW-Zwentendorf ein etwas größeres Echo in der Berichterstattung fanden, als beispielsweise die Bauarbeiten des Kraftwerkes selbst. Dieses mediale

Desinteresse an der Kernenergie in Österreich fand erst im Jahr 1976 ein allmähliches Ende. Von nun an bis zum Ende des Bearbeitungszeitraums des Journaleprojektes mit Jahresende 1978 stieg die Dichte der Berichterstattung über Zwentendorf und die Diskussion über Atomstrom in Österreich stetig an, bis sie schließlich in der Zeit vor und nach der Volksabstimmung ihren Höhepunkt erreichte. Bei aller Vertrautheit, die sich im Laufe einer beinahe zweijährigen Beschäftigung mit der Materie ergeben hat, war es doch nicht möglich einen konkreten Zeitpunkt, einen Anlass, kurz einen Grund für diese Entwicklung in der Berichterstattung festzustellen.

Aus einigen Beiträgen im Jahr 1976 über die baldige Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes und die fürchterlichen Folgen für die Stromversorgung des Landes, falls das Kraftwerk nicht in Betrieb gehen sollte, wurde in Jahresfrist eine Berichterstattung über eine zunehmend heftigere und immer emotionaler geführte Kernkraft-Diskussion, insbesondere über die Entsorgung von Atommüll, welche das ganze Land erfasst hatte. Dies mündete schließlich in die Berichterstattung über eine Art von Atom-Wahlkampf und eine parteipolitische Auseinandersetzung bis zum Tag der Volksabstimmung am 5. November. Danach folgten noch im Jahr 1978 eine Reihe von Reportagen über die Folgen des Abstimmungsergebnisses, die Reaktionen im Ausland und die ersten Pläne für eine Alternativnutzung.

Die Gründe für diese Entwicklung müssen also in einem Bewusstseinswandel, einer gesellschaftlichen Entwicklung liegen, welche von den Medien, dabei bildete auch die Nachrichtenredaktion von Ö1 keine Ausnahme, zuerst nur zögerlich wiedergegeben wurden, dann aber umso rascher in den Mittelpunkt des medialen Interesses rückten. Die Anti-Atom-Bewegung war kein Kind der Medien, keine künstliche Panik, erzeugt von Weltverbessern und Berufsdemonstranten im Nachrichtenbereich.

Roland Machatschke und Herbert Hutar waren zwei Journalisten des ORF, welche die Entwicklungsgeschichte Zwentendorfs von den späten 60er-Jahren bis zur entscheidenden Volksabstimmung am 5. November 1978 verfolgt und darüber berichtet haben.

Wie bei außenpolitischen Themen, so war auch bei diesem innenpolitischen Dauerbrenner der 70er-Jahre, die Berichterstattung auf Ö1 vom stetigen Bemühen nach einer mustergültigen journalistischen Objektivität geprägt.¹

Gerade beim Thema der Atomkraft handelte es sich um eines jener Themen, welches für die 70er- und 80er-Jahre bestimmend in der öffentlichen Diskussion wurde. In der

¹ Die Debatte, ob Journalismus überhaupt objektiv sein kann, ob irgendeine geschriebene oder gesprochene Zeile, ja ein Wort, objektiv sein kann, ist eine für den Verfasser müßige Frage. Denn wenn es in einem Diskurs der Medien grundsätzlich keine Objektivität geben kann, wobei es hier immer um ein Streben nach einem Ideal geht, so kann dies aber auch nicht in der Diskussion über den Diskurs möglich sein. Alleine die Aussage, dass es keine Objektivität geben kann, ist also selbst wieder derartig subjektiv, das sie belanglos wird, und das Wort müsste eigentlich verstummen.

Berichterstattung über die Atomkraft gab es wohl weltweit, so auch auf Ö1, einen Wandel im Umgang mit dieser Frage in den Medien. Dieser Wandel ging noch tiefer als beispielsweise die Veränderungen in der Darstellung des Vietnamkrieges in den Medien oder des Nahostkonfliktes. Der Krieg der Vereinigten Staaten in Vietnam war in Österreich sicherlich niemals sonderlich beliebt, auch wenn er gegen Kommunisten geführt wurde. Wenn aber im Laufe des Krieges auch in Österreich, besonders unter der Studentenschaft und den Intellektuellen des Landes, eine immer stärkere anti-amerikanische Einstellung entstand, so bedeutete dies nicht, dass vorher eine martialische Kriegsbegeisterung geherrscht hätte. Ebenso führte die langsame Veränderung der Sicht der PLO in der öffentlichen Diskussion von der reinen Terrorgruppe zu einer immer noch sehr suspekten Befreiungsbewegung, zumindest in den 70er-Jahren, zu keiner generellen Neubewertung des Konfliktes zwischen Arabern und Israelis.

Krieg war und blieb ein Schrecken, ein Gräuelfeld und ein Fluch der Menschheit, wogegen der Frieden allgemein als wünschenswert und im umfassenden Sinn gut betrachtet wurde. Daran hat sich seither nichts geändert, anders als bei der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Die Atomfrage war in den 60er-Jahren eine reine technologische Problemstellung für Experten und wurde in den 70er-Jahren zu einer technologisch-politischen, öffentlichen Diskussion. Das soll heißen, dass die Gläubigkeit an die Technologie, welche die 60er-Jahre mitgeprägt hatte, verloren ging und an ihre Stelle eine Technikskepsis mit einem allgemeinen Misstrauen gegenüber Autoritäten jeglicher Art trat. Diese Aussage erhebt natürlich keinen Anspruch auf vollständige Gültigkeit für die genannten Zeitabschnitte. Es gab selbstverständlich bereits in den frühen 60er-Jahren warnende Stimmen gegen Atomkraft, ebenso wie es in den 70er-Jahren Befürworter der friedlichen Nutzung der Kernenergie gab. Aber dass eine Veränderung des Zeitgeistes, des öffentlichen Bewusstseins, der Grundstimmung in der Bevölkerung, wie auch immer man es nennen möchte, stattgefunden hatte, ist unbestreitbar. Die Gründe dafür zu bestimmen, würde eine eigene Darstellung erfordern und kann und soll von der vorliegenden Arbeit nicht geleistet werden.

Die Tatsache dieses Wandels ist auch in den Beiträgen der Ö1-Journale abzulesen. Von einer aus heutiger Sicht beinahe unschuldig zu nennenden Technologiegläubigkeit hin zu einer von Journalisten zu Journalisten unterschiedlichen pro oder contra Einstellung zum Thema spannt sich der Bogen über circa 10 Jahre der Nachrichtenberichterstattung, die so auch ein Schattenbild der gesellschaftlichen Veränderungen wirft.

Roland Machatschke kann als ein Vertreter der Skeptiker angesehen werden, während sich Herbert Hutar oder Klaus Emmerich mehr zur Seite der Befürworter neigten. Diese Tendenzen traten aber nur in Nuancen in den Beiträgen in Erscheinung. Selbst von einem

Anflug der aktiven oder passiven Einflussnahme der Berichterstattung auf die öffentliche Meinung, egal in welche Richtung, waren Ö1 und alle seine Journalisten frei. Dass aber unterschwellig eine Meinung der Beitragsgestalter zum Thema spürbar wurde, welche auch noch heute von einem aufmerksamen Hörer der Zeittondokumente wahrgenommen wird, ist bei einem Thema, das im Laufe weniger Monate immer emotionaler behandelt wurde und welches immer weiter in den politischen Bereich hineinspielte, nicht verwunderlich.

2. Planung und Bau

Atomkraft war, nach ihrem schrecklichen Debüt im Zweiten Weltkrieg, eine Sache des Militärs und der Spionage, auch wenn die ganze Welt unter dem Schatten der Bombe zu zittern begann. Erst in den frühen 50er-Jahren, genauer gesagt am 20. Dezember 1951, wurde die friedliche Nutzung der Atomkraft zur Realität. An diesem Tag gelang es erstmals in den USA in einem experimentellen Versuchsreaktor Strom durch Kernspaltung zu erzeugen. Das erste echte Atomkraftwerk entstand jedoch in der UdSSR, wo es in Obninsk am 27. Juni 1954 mit einer sehr geringen Leistung von 5 Megawatt in Betrieb genommen wurde.²

Die internationale Staatengemeinschaft trat 1955 in Genf zu einer Konferenz über die weitere Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernkraft zusammen, und auch in Österreich machte man sich Gedanken über die Nutzung der Atomkräfte zur Stromgewinnung. Es sollte aber noch bis zum Jahr 1963 dauern, bis die Erzeugung von Strom durch Atomkraft in die Phase der wirtschaftlichen Nutzung trat. Ein privater amerikanischer Energiekonzern beschloss die Errichtung eines 640-Megawatt Meilers. Bei einem Kraftwerk dieser Größe wäre die Erzeugung von Strom aus Kernspaltung billiger als bei einem konventionellen kalorischen Kraftwerk vergleichbarer Größe.³

In Österreich erfolgte am 15. Mai 1955 die Gründung der „Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie Ges.m.b.H.“ (ÖSGAE). Vorarlberg war das erste Bundesland, welches einen Versuchsreaktor errichten lassen wollte - es sollte aber anders

² Zehetgruber, Andrea. Die Geschichte des Kernkraftwerkes Zwentendorf von der Planung bis ins Jahr 1994. Dipl. Arb. Wien 1994. S. 8

³ Vetter, Herbert. Zwickmühle Zwentendorf. Ein Arzt untersucht die Kernenergie. Wien 1983. S. 219. Die Frage der Kostenwahrheit des Atomstroms ist ein schier ewiger Streitpunkt, aber sicherlich nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

kommen. Die Verbundgesellschaft beschäftigte schon in den 50er-Jahren 20 Fachleute für die Bestimmung des günstigsten Standortes eines Versuchsreaktors in Österreich.⁴

Als nächster „Meilenstein“ in der österreichischen Atomenergiegeschichte kann sicherlich der Beschluss des Ministerrates vom 13. März 1956 über die Errichtung eines Versuchsreaktors angesehen werden. Im Forschungszentrum Seibersdorf nahm der Versuchsreaktor „ASTRA“ am 29. September 1960 den Betrieb auf. Der Versuchsreaktor im Prater, welcher durch einen Erlass des Gesundheitsministeriums vom 30. Juni 1957 genehmigt worden war, wurde am 21. März 1962 hochgefahren. Im darauf folgenden Jahr wurde die AKEW – „Arbeitsgemeinschaft für Kernkraftwerke der österreichischen Energiewirtschaft“ gegründet.⁵

Aber Mitte der 60er-Jahre wurde die Idee der Entwicklung eines eigenen Reaktor-Prototyps als unrealistisch verworfen, und man wandte sich der Errichtung eines wirtschaftlich wettbewerbsfähigen, also eines dementsprechend großen Kernkraftwerkes zu. Am 30. März 1967 wurde zu diesem Zweck eine Kooperation zwischen Verbundgesellschaft und den Landesgesellschaften vereinbart. In dieser Grundsatzvereinbarung wurde die Errichtung eines Atomkraftwerkes in Österreich innerhalb der nächsten 10 Jahre beschlossen.⁶

Am 18. Oktober 1967 wurde die Enquete „Atomkraft in Österreich“ vom Verkehrsministerium und den Landeselektrizitätsgesellschaften veranstaltet. Bei diesem Treffen wurden die grundsätzlichen politischen Weichenstellungen in Richtung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich gestellt.

In einem Interview mit Verkehrsminister Weiß im Ö1-Mittagsjournal am 29. Februar 1968, anlässlich der Vertragsunterzeichnung für die Gründung der Planungsgesellschaft für Kernkraftwerke in Österreich, spiegelt sich noch viel der Unbeschwertheit im Umgang mit Technik in den 60er-Jahren wieder, als die Frage nach einer möglichen eigenen nuklearen Energieerzeugung durch die VOEST und die Aluminiumwerke Ranshofen ernsthaft diskutiert wurde.⁷

Durch die Gründung der Kernkraftwerk-Planungsgesellschaft m.b.H. (KKWP) am 13. Mai 1968, welche auf Drängen des ÖVP-Verkehrsministers Weiß erfolgte, entstand eine Planungsplattform, an der Verbund- und Landesgesellschaften beteiligt waren. Ihr Auftrag

⁴ Tollmann, Alexander. Desaster Zwentendorf. Wien 1983. S. 46

⁵ Zehetgruber. S. 9

⁶ Premstaller, Florian. Kernenergiepolitik in Österreich während der Ära Bruno Kreisky. Dipl. Arb. Wien 2001. S.

12

⁷ JM-680229_c

war, die Planungsarbeiten durchzuführen und die Ausschreibungsunterlagen für das Projekt vorzubereiten.⁸

Wer nun dafür verantwortlich war, dass Österreich den Schritt vom Versuchsreaktor zur Errichtung eines großen Atomkraftwerkes wagte, ist eine schwierige Frage. Prof. Alexander Tollmann, ein erklärter Gegner der Atomkraft, sah eine Entscheidung auf Drängen von Regierung und Industrie. Im November 1969 wurde ein Grundsatzbeschluss der Bundesregierung für Kernenergie gefasst. Diesem Beschluss, gegen die Bedenken der Verbundgesellschaft, gingen schon Bemühungen der ÖVP-Alleinregierung voraus. Nach Tollmann stimmten die österreichischen Elektrizitätsgesellschaften nur auf Druck von Verkehrsminister Weiß, der drohte, die Stromförderung für ein Jahr auszusetzen, der Errichtung eines Atomkraftwerkes in Österreich zu. Die Planungsgesellschaft wurde vom Verbund ins Handelsregister eingetragen und mit den Planungsarbeiten konnte begonnen werden.⁹

Etwas anders wird der Sachverhalt in einem Bericht der SPÖ-Alleinregierung an den Nationalrat im Jahr 1977 dargestellt:

„Der Anstoß zu konkreten Maßnahmen kam gleichermaßen aus dem Kreis der Landes-Elektrizitätsgesellschaften, wie von der damaligen Bundesregierung. Die Landesgesellschaften trieben – vor allem bei der am 18. Oktober 1967 vom Verkehrsministerium abgehaltenen Enquete ‚Atomenergie in Österreich‘ – auch den öffentlichen Meinungsbildungsprozess voran. Im Rahmen dieser Enquete betonte beispielsweise Generaldirektor Musil (STEWEAG), dass , ... weder noch zu errichtende Wasserkraftwerke noch konventionelle Wärmekraftwerke ... billigeren Strom als bisher liefern (können), nur der Einsatz von Kernenergie bietet eine solche Chance.“¹⁰

Die Wahrheit liegt wohl, wie so oft, in einer Vielzahl von Gründen. Sowohl die Bundesregierung als auch die Industrie, aber auch die Landeselektrizitätsgesellschaften hatten Interesse an der Errichtung eines Kernkraftwerkes in Österreich. Kernenergie wurde dabei auch als eine Art von Konkurrent zur Wasserkrafterzeugung gesehen.¹¹ Die Idee

⁸ Schindegger, Christoph. Die Kernenergiekontroverse um Zwentendorf in österreichischen Tageszeitungen: Wissenschaftlich-technische Kontroversen im medialen Raum. Dipl. Arb. Wien 1995. S. 17

⁹ Tollmann. S. 47

¹⁰ Bundeskanzleramt (Hrsg). Regierungsbericht Kernenergie. Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat betreffend die Nutzung der Kernenergie für die Elektrizitätserzeugung. Wien 1977. S. 34

¹¹ Höfner. Peter. Österreichs Elektrizitätswirtschaft und deren Kontroversen im europäischen Vergleich sowie die damit verbundenen Folgen im Rahmen des Strombinnenmarktes durch den EU-Beitritt. Wien 1999. S. 40

dahinter war wohl die Ansicht, dass Kernkraft eine vom Ausland unabhängige Energiequelle darstellen würde. Ein aus heutiger Sicht kaum mehr nachvollziehbarer Gedankengang.

Aber auch über andere Aspekte der Nutzung von Nukleartechnologie wurde bereits in den Anfangszeiten des Ö1-Mittagsjournals berichtet. Die Frage der internationalen Kontrolle von spaltbarem Material wurde durch die friedliche Nutzung der Kernenergie immer dringlicher. Ein Thema, das in Anbetracht der anhaltenden Diskussionen um das nordkoreanische und das iranische Atomprogramm tatsächlich nichts an Aktualität eingebüßt hat. Frank Roka interviewte am 4. Juni 1968 den Schweizer Atomexperten Professor Urs Hochstrasser für das Ö1-Mittagsjournal:

Frank Roka: Herr Professor, welche Probleme werden im Laufe des Seminars behandelt?

Professor Hochstrasser: Dieses Seminar befasst sich vorwiegend mit dem Problem der internationalen Kontrolle auf atomarem Gebiet. Das heißt, man möchte sich darüber aussprechen, wie die Verwendung von Atomenergie für friedliche Zwecke wirksam international kontrolliert werden kann, sodass kein Missbrauch für militärische Zwecke möglich ist.

Frank Roka: Sie sprachen, Herr Professor, von Kontrolle. Wie kann man überhaupt verhindern, dass radioaktive Stoffe in falsche Hände geraten.

Professor Hochstrasser: Das ist nicht ein einfaches Problem. Es gibt Möglichkeiten, die Stoffe, und ich möchte sagen, es sind eigentlich nicht die radioaktiven Stoffe, die hier wesentlich sind, auf ihrem Wege für friedliche Zwecke zu verfolgen. Es handelt sich vor allem darum, das hoch angereicherte Uran und das Plutonium, das für Kernwaffen gebraucht werden kann, immer unter Aufsicht zu halten, sodass es nicht möglich ist, Mengen für eine Herstellung von Kernwaffen abzuzweigen. Dazu muss man Messungen machen, man muss über ein Personal verfügen, das fachlich so ausgebildet ist, dass sie die Reaktoranlagen, die Produktionsanlagen für Kernbrennstoffe und die Aufarbeitungsanlagen überprüfen können und sich überzeugen können, dass nirgends der Brennstoff irgendwie abgezweigt wird.

Frank Roka: Herr Professor, wie stellt sich die Schweiz zum Atomsperrvertrag? Die Schweiz hat eine Note an die Co-Präsidenten der Abrüstungskonferenz in Genf überreicht. Was beinhaltete diese Note?

Professor Hochstrasser: Die Schweiz anerkennt die Bedeutung eines solchen Atomsperrvertrages. Es würde sicher als ein stabilisierendes Element zu Frieden in der Welt beitragen. Wir haben jedoch gewisse Vorbehalte gegenüber diesen,

den heute vorliegenden Fassungen des Atomsperrvertrages, und dann hat sich auch die Schweiz besorgt gezeigt gegenüber der Möglichkeit, dass mehrere Kontrollsysteme gleichzeitig und vielleicht sogar überschneidend in Kraft sein könnten. Dass der Vertrag entsprechend abgeändert werden muss, besteht eine Bedingung, die unserer Auffassung unbedingt erfüllt werden muss, bevor wir unterschreiben können. Diese ist die Forderung, dass eine Mehrzahl, mindestens alle wesentlichen Industriestaaten den Vertrag unterschreiben, bevor die Schweiz mitmachen kann.

Frank Roka: Sind Sie der Ansicht, Herr Professor, dass der Sperrvertrag unterzeichnet wird?

Professor Hochstrasser: Das ist heute sehr schwer vorauszusehen. Es gibt Leute, die sagen, es bestehe eine 50:50 Aussicht auf Unterzeichnung. Es muss noch etwas abgewartet werden, wie sich die Diskussionen in New York entwickeln.

Frank Roka: Herr Professor, wir danken vielmals für dieses Gespräch.“¹²

Der Atomwaffensperrvertrag wurde schließlich am 1. Juli 1968 von den USA, der UdSSR und Großbritannien unterzeichnet.¹³ Bis heute haben insgesamt 189 Staaten den Vertrag unterzeichnet, der die Abrüstung fördern und gleichzeitig die weitere Verbreitung von Atomwaffen verhindern soll. Staaten wie Israel, Indien oder Pakistan haben nicht unterschrieben und Nordkorea hat 2003 seinen Austritt erklärt. Kritiker bemängeln, dass der Vertrag in erster Linie dazu dient, bestehende Machtverhältnisse zu erhalten, denn weder die USA noch die UdSSR bzw. Russland als Rechtsnachfolgestaat, oder andere Atommächte haben die Verpflichtung zur vertraglichen Fixierung der totalen Abbrüstung ihres Atomarsenals, welche eigentlich im Atomsperrvertrag vorgeschrieben ist, bisher auch nur in Ansätzen ernst genommen.

In Österreich selbst arbeitete der Nationalrat an den legalistischen Voraussetzungen für ein solch kompliziertes und schwieriges Projekt, wie es die Errichtung eines Atomkraftwerkes nun einmal war. Die entsprechenden parlamentarischen Schritte zur Beschlussfassung eines „Strahlenschutzgesetzes“ wurden in die Wege geleitet. Das Gesetz wurde am 11. August 1969 im österreichischen Nationalrat einstimmig beschlossen.¹⁴ Der genaue Titel dieses Bundesgesetzes lautet:

¹² JM-680604_a

¹³ JA-680701_b, JA-68071_c, JA-680701_d

¹⁴ Zemanek, Andrea Monica Natalie. Die Volksabstimmung Zwentendorf und ihre Vorgeschichte im Spiegel der österreichischen Karikatur. Dipl. Arb. Graz 1989. S. 11

„Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen.“¹⁵

Am 4. November 1969 war die Standortsuche abgeschlossen und die niederösterreichische Gemeinde Zwentendorf wurde ausgewählt. Dieser Entschluss war nicht konfliktfrei gefallen, wie sich Bruno Kreisky in seinen Memoiren erinnert:

„Zwentendorf war übrigens heiß umstritten innerhalb der damaligen Regierungspartei, und als es schließlich als Standort festgelegt wurde, verkündete der Landeshauptmann von Niederösterreich das als großen Triumph. Das Kraftwerk sollte also in diesem relativ stark agrarischen Gebiet, das in der Monarchie zur Ansiedlung der neuen chemischen Industrie ausgewählt worden war, stehen, und Landshauptmann Maurer war sehr stolz darauf.“¹⁶

Für Bundeskanzler Kreisky war dies wohl eine besonders bittere Erinnerung, wenn er den Widerstand des niederösterreichischen Landeshauptmannes sah, als es um die Errichtung eines Atommülllagers im Waldviertel ging, und dessen einstige Begeisterung für die Atomkraft bedachte.

Aber nicht nur aus ÖVP-internen Gründen war die Standortwahl umstritten. Das geologisch-hydrologische Gutachten sollte zu einem unerschöpflichen Quell des Streites zwischen Gegnern und Befürwortern des Kernkraftwerkes werden. Darin spiegelt sich aber auch einer der Gründe für die ständig zunehmende Verunsicherung der Bevölkerung, je mehr sie über Atomkraft erfuhr. Denn die Stimmen der Experten wurden im Laufe der Zeit immer disharmonischer. Dies zeigt sich auch überaus eindrucksvoll in den Journalendungen des ORF. Aus einem harmonischen Chor der Wissenschaft für die friedliche Nutzung der Atomkraft wurde innerhalb weniger Jahre eine verwirrende Kakophonie. Viele Menschen urteilten nun im Zweifelsfalle gegen den Angeklagten, gegen die Atomenergie.

Am 15. November 1969 kamen Verbundkonzern und die Landeselektrizitätsgesellschaften überein, zum Zweck der Errichtung des Atomkraftwerkes Zwentendorf eine Bau- und Betriebsgesellschaft zu gründen. Der Hauptausschuss des Nationalrates verabschiedete ebenfalls einstimmig die Zustimmung zur Beteiligung der Verbundgesellschaft an der Kernkraftwerks-Bau und Betriebsgesellschaft am 28. November 1969.

¹⁵ BGBl 1969/227

¹⁶ Rathkolb, Oliver. Kunz, Johannes. Margit, Schmidt. Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil. Wien 1996. S. 151 f.

Die Gründung der „Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H“ (GKT) erfolgte am 10. Februar 1970. Daran beteiligt waren der Verbund mit 50% und die Landesgesellschaften von Tirol, Niederösterreich, Steiermark, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg und Vorarlberg. Nicht beteiligt waren die Landesgesellschaften von Wien und dem Burgenland.

Die Aufteilung der Anteile im Detail war wie folgt:

Tirol	13,34%
Niederösterreich	10,83%
Steiermark	10%
Oberösterreich	8,33%
Kärnten	3,33%
Salzburg	2,5%
Vorarlberg	1,67% ¹⁷

Am 22. März 1971 wurde in einer Generalversammlung der GKT unter Vorsitz des Generaldirektors Gruber von der NEWAG der Baubeginn beschlossen. Dem Drängen der Landesgesellschaften für einen baldigen Baubeginn gab der Verbund nach. Das geplante Datum für die Inbetriebnahme von Zwentendorf war der 1. September 1976.

Wohl von der eigenen Courage beflügelt, machten sich die Verantwortlichen daran, weitere Atomkraftwerke in Österreich zu planen. Es sollte aber bei der Auswahl eines Standortes für den zweiten Reaktor, dieser war in Stein/St. Pantaleon in Oberösterreich geplant, bleiben. Zum Baubeginn kam es nicht mehr. Die geplante Inbetriebnahme dieses Kraftwerkes wurde zuerst von 1980/81 auf 1985/86 verschoben, um dann das ganze Projekt, nach der Volksabstimmung im November 1978, am 15. November 1978 fallen zu lassen. Der geschlossene Widerstand der lokalen Bevölkerung hatte dieses Kernkraftwerk noch im Planungsstadium zunichte gemacht.

Doch vorerst war es noch nicht soweit, die Bevölkerung vertraute damals in weit größerem Umfang der Politik, und diese vertraute der Technologie. Der Baubeschluss für das AKW-Zwentendorf wurde gefasst, auch wenn es jetzt eine SPÖ-Alleinregierung gab, in einer Zeit, als alle Parteien des österreichischen Parlamentes noch auf einem Pro-Atomstrom-Kurs waren. Die erste Partei, welche von diesem Pro-Atom-Kurs abrückte, war die FPÖ im Jahr 1972, anlässlich des Energieanleihegesetzes im selben Jahr.¹⁸

¹⁷ Bundeskanzleramt. S. 35

¹⁸ Zehetgruber. S. 16

Der Bau eines Atomkraftwerkes vom Typ eines Siedewasserreaktors mit 730 Megawatt Leistung war beschlossen worden. Der kommerzielle Betriebsbeginn war vorerst für den September 1976 vorgesehen.

Ein Bescheid des zuständigen Ministeriums vom 30. November 1971 erklärte das Projekt als „für die Elektrizitätswirtschaft zweckmäßig“. Siemens wurde als Generalunternehmer mit der Planung, Errichtung und Inbetriebnahme betraut. Die Errichtungskosten des Reaktors wurden mit 5,2 Milliarden Schilling veranschlagt.

Am 7. März 1972 wurde das Bewilligungsverfahren in der Gemeinde Zwentendorf abgeschlossen. Die Teilerrichtungsbewilligung erfolgte am 4. April 1972 und gab endgültig den Weg für den Baubeginn frei.

Auch wenn letztendlich das Kernkraftwerk in Zwentendorf nicht in Betrieb ging, so ist die Sorgfalt und Akribie mit der das Kraftwerk auf Qualität und Sicherheit hin überprüft wurde, sehr groß gewesen. Einige der für die Qualitätskontrolle entwickelten Berechnungs- und Prüfverfahren waren richtungsweisend für Länder, die Atomkraftwerke errichteten und betrieben, so zum Beispiel für die BRD, welche einige Verfahren, die in Österreich entwickelt worden waren, später zwingend vorschrieb.¹⁹

Über die Entwicklung eines speziellen Sicherheitsbetons für Kernkraftwerke in Österreich wurde in einem Beitrag im Ö1-Mittagsjournal vom 27. November 1976 berichtet.²⁰

Der Baufortschritt des Kernkraftwerkes selbst war durchaus in einem für solche Großprojekte guten Zeitrahmen. Im Juni 1973 wurde der 1.100 Tonnen schwere Reaktor-Sicherheitsbehälter, das Herzstück des Kraftwerkes, der von der VOEST hergestellt wurde, eingebaut, und das Kraftwerk war zu Jahresende 1977 soweit fertig gestellt, dass der Probetrieb hätte beginnen können: eine in der Geschichte der Atomenergie in Österreich in mehrfacher Hinsicht heiße Phase. Sobald ein Reaktor im Probetrieb erstmals hochgefahren wird, kommt es automatisch zu einer radioaktiven Kontaminierung des Reaktors und des primären Kühlkreislaufes. Eine einfache und ungefährliche Einmottung des Kraftwerkes, wie sie nach der Volksabstimmung erfolgte, wäre dann nicht mehr möglich gewesen.

Die Anlieferung der Brennstäbe erfolgte am 18. Jänner 1978 durch Hubschrauber des österreichischen Bundesheeres. Aber dies war ohne endgültige Betriebsgenehmigung des Kernkraftwerkes erfolgt, was reichlich Wasser auf die Mühlen der Atomstromgegner goss.

¹⁹ Vetter. S. 232

²⁰ JM-761127

Die Volksabstimmung am 5. November 1978 brachte eine knappe Mehrheit gegen die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf und eine Annahme des Atomsperrgesetzes, welches am 5. Dezember 1978 im Nationalrat beschlossen wurde.

Im März des Jahres 1985, bis zu diesem Zeitpunkt waren Kosten in der Höhe von 14 Milliarden Schillingen angelaufen, beschloss die GKT die „stille Liquidierung“.

3. Das Entstehen der Opposition gegen das AKW

Auch wenn der Widerstand gegen Atomkraft in den 60er-Jahren international noch nicht annähernd den Umfang wie in den 70er- und 80er-Jahren angenommen hatte, so gab es doch auch schon in Österreich erste Anzeichen von Gegnerschaft.²¹

In einem Interview für das Ö1-Abendjournal vom 10. April 1969 ging es um das Thema „Ärzte gegen Atomkraft“. Die Berichterstattung auf Ö1 bot aber auch den Befürwortern der Atomkraft eine Plattform für öffentliche Aussagen. Henry Goldhann moderierte das Abendjournal am 10. April 1969, und Roland Machatschke führte das Interview mit Univ. Prof. Michael Higltsberger, dem Leiter des Forschungszentrums Seibersdorf, welcher an der Universität Wien Experimentalphysik las:

„Henry Goldhann: Wie wir bereits heute Mittag gemeldet haben, hat die Ärztekammer für Niederösterreich schwere Bedenken gegen die Errichtung eines Atomkraftwerkes in der Nähe von Wien vorgebracht. Dieser Erklärung hat sich in der Zwischenzeit die Österreichische Ärztekammer angeschlossen. Wir wollten wissen, was man auf der anderen Seite, bei der Atomwissenschaft, dazu meint. Roland Machatschke sprach mit dem wissenschaftlichen Leiter des Forschungszentrums Seibersdorf, Universitätsprofessor Dr. Higltsberger.

Roland Machatschke: Herr Professor, wie ernst ist es zu nehmen, dass durch Atomreaktoren Strahlen entstehen und dass diese Strahlen wiederum die Gesundheit von Menschen schädigen können?

Univ. Prof. Higltsberger: Diese Frage wird sehr oft gestellt und meistens von Laien gestellt und auch oft, leider Gott zu oft, von Laien interpretiert. Tatsache ist, dass in einem Kernreaktor, besonders in einem Leistungsreaktor, hoch

²¹ Zehetgruber. S. 41 f.

radioaktive Konzentrationen vorliegen. Es sind aber in allen Fällen derartig klare technische Lösungen gefunden worden, dass ein Austreten dieser Radioaktivitäten nach menschlichem Ermessen nicht möglich ist. Es gibt, und das ist das beste Argument glaube ich, auf der ganzen Welt heute 100 Leistungsreaktoren in Betrieb oder in Bau. Und nicht an einem einzigen dieser Reaktoren, innerhalb der letzten 10 Jahre wo diese Reaktoren existieren, gab es eine wirkliche Schädigung einer Person. Es hat früher an einigen Versuchsreaktoren Schädigungen gegeben, durch Unachtsamkeit, durch experimentieren, riskantes experimentieren, bei einem Leistungsreaktor ist das aber ausgeschlossen.²²

Roland Machatschke: Es besteht also unter keinen Umständen die Möglichkeit, dass die nuklearen Reaktionen in einem solchen Reaktor außer Kontrolle geraten könnten?

Univ. Prof. Higatsberger: Es ist nach menschlichem Ermessen unwahrscheinlich.

Roland Machatschke: Vom Standpunkt der Sicherheit her gesehen wäre also gar nichts einzuwenden, wenn ein Atomkraftwerk, ein Leistungsreaktor, in der Nähe von Wien, in der Nähe einer Großstadt, oder sogar im Bereich von Wien selbst errichtet würde?

Univ. Prof. Higatsberger: Ich darf hier Amerika zitieren: In Manhattan, im Herzen von New York, ist man dabei, eine Großreaktoranlage zu errichten. Natürlich wird für diese Anlage eine genauere Auslegung und eine erhöhte Investition notwendig sein, um die Sicherheit unter allen Umständen sicherzustellen. Also die Sicherheit ist in diesem Zusammenhang eine Frage des Geldes, wird eben mehr kosten. Nun haben Sie gefragt für Wien. In letzter Zeit sind Meldungen durch die Presse gegangen, dass man beabsichtigt, zwischen Tulln und Krems allenfalls den ersten Leistungsreaktor in Österreich zu errichten. Nun ist diese Distanz von Wien genauso groß wie die Distanz Wien – Pressburg, und in Pressburg steht ein Reaktor, der demnächst, ein Leistungsreaktor, der demnächst seinen Betrieb aufnehmen wird, und ich glaube kaum, dass irgendjemand dagegen protestieren wird, dagegen protestieren kann, es ist ja ein Reaktor, der außerhalb unseres Bundesgebietes steht.

Roland Machatschke: Sie würden also der Ansicht der Ärztekammer widersprechen, dass ein solcher Reaktor in der Nähe einer Großstadt eine ungeheure potentielle Gefahr bedeuten würde?

²² Die nukleare Katastrophe von Tschernobyl wurde durch konstruktive Mängel ermöglicht, aber durch ein Experiment am Reaktor ausgelöst.

Univ. Prof. Higatsberger: Ich sage nicht, dass es keine potentielle Gefahr ist. Aber es ist keine unmittelbare Gefahr für irgendjemand. Das Potential der Radioaktivität ist da. Wenn Sie natürlich unbedingt das (Kraftwerk) in die Luft sprengen wollen, oder sonst irgendwas tun, ist es eine Gefahr. Wenn die Ärzte sich verpflichtet fühlen, auf die Gefahren eines Atomkraftwerkes hinzuweisen, würde ich empfehlen, dass man sich auch Gedanken macht darüber, welchen Belastungen die Bevölkerung täglich durch die Röntgenuntersuchungen ausgesetzt sind. Wenn diese Gegenüberstellung gemacht wird, wird man wahrscheinlich zu dem Schluss kommen, dass die Gefahr des Atomkraftwerkes vernachlässigbar gering ist.

Roland Machatschke: Vielen Dank, Herr Professor.“²³

In diesem Interview ist der typische Glaube der 60er-Jahre an die Technik und deren Beherrschung, welcher aus heutiger Sicht eigentlich nur als Hybris bezeichnet werden kann, spürbar. Diese Überheblichkeit ist natürlich auch nicht ganz unverständlich, stand doch beispielsweise das Apollo-Raumfahrtprojekt kurz vor dem wohl bis dahin größten technischen Triumph der Geschichte, der Landung von Menschen auf dem Mond. Aber es ist auch sehr bezeichnend für die damalige Geisteshaltung, dass die Gefahr der Radioaktivität, welche wohl bekannt war, als eine beherrschbare Größe nach menschlichem Ermessen betrachtet wurde. Und die Grenzen dieses menschlichen Ermessens wurden gerade in den Weltraum verlegt. Im ersten Teil seiner letzten Antwort nimmt Univ. Prof. Higatsberger eigentlich die Ereignisse von Tschernobyl mit fast schon prophetischen Worten vorweg:

„Wenn Sie natürlich unbedingt das (Kraftwerk) in die Luft sprengen wollen, ...“²⁴

Der Beginn des Widerstandes gegen die Atompläne in Österreich wurde nicht von vornherein negiert, aber einen allzu breiten Widerhall in den Medien gab es auch nicht. Es sollte bis zum Jahr 1975 dauern, als durch die Gründung der „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner“ (IÖAG), einer Dachorganisation vieler kleinerer Gruppen von Atomkraftgegnern, eine breite Bewegung entstand, welche die herrschenden Entwicklungsparadigmata und bisherigen Entscheidungsfindungsprozesse für Kraftwerksprojekte erstmals wirksam in Frage stellen konnte.²⁵

²³ JA-690410_b

²⁴ Ebd.

²⁵ Schindegger. S. 18

Aber auch wenn es nun zur Gründung einer größeren Plattform der Atomgegner und dadurch auch zu mehr Aufmerksamkeit für ihr Anliegen kam, sollte man noch nicht von einer breiten Ablehnung der nuklearen Energiepläne für Österreichs Zukunft in der Bevölkerung ausgehen. Wovon man aber getrost ausgehen kann, ist die Tatsache, dass die europäische und ganz besonders die österreichische „Grün-Bewegung“ ihren Ursprung im Widerstand gegen Atomkraft haben.

In seinem Beitrag für das Ö1-Mittagsjournal vom 16. Juni 1976 gibt Herbert Hutar die Ansicht wohl vieler Österreicher der damaligen Zeit wieder: Wann geht das AKW Zwentendorf in Betrieb, was passiert, wenn sich der Bau weiter verzögert? Aber auch in der Einleitung des Beitrages durch Ilse Vögel ist ein klarer und unkomplizierter Standpunkt zur Kernkraft spürbar. Die ganze Welt betreibt Atomkraftwerke und zu den bereits bestehenden sollen noch mehr dazukommen. Warum sollte Österreich, eine Industrienation, nicht auch seinen Energiebedarf aus dieser Quelle decken? Entgegen der üblichen Zitierweise für einen Beitrag einer Journalsendung, soll bei diesem Beispiel auch die Moderation von Ilse Vögel wiedergegeben werden:

„Ilse Vögel: Derzeit sind in der ganzen Welt 173 Kernkraftwerke in Betrieb, weitere 526 sind entweder in Bau oder bereits bestellt. In Österreich ist aber erst ein Atomkraftwerk in Bau. In Zwentendorf, in der Nähe von Tulln, soll Ende nächsten Jahres dieses Kraftwerk in Betrieb gehen. Aber ebenso wie in anderen Ländern ist auch der Bau des österreichischen Kernkraftwerkes verzögert worden und zwar um rund ein Jahr. Sollte nun eine weitere Verzögerung eintreten, so wäre dies nach Ansicht der Elektrizitätswirtschaft energiewirtschaftlich äußerst bedenklich. Herbert Hutar berichtet:

Herbert Hutar: Vor wenigen Wochen fand in Wien ein Kongress der europäischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen statt, dessen Thema die Abstimmung des Ausbaues der Kraftwerke in Europa war. Dieser Kongress, an dem nur Vertreter der Elektrizitätswirtschaft und nicht der Industrie teilnahmen, kam rundheraus zu dem Schluss, die Kernenergie sei die Voraussetzung dafür, dass Europa seine Stellung als Industriemacht in der Welt behaupten könne. Die Chefs der europäischen Elektrizitätswerke erklärten auch, dass ein ausreichendes Energieangebot, selbstverständlich unter Verwendung der Kernenergie, die soziale Sicherheit Europas gewährleiste. Während aber andere westeuropäische Staaten ihre Kernenergieprogramme recht intensiv verfolgen, hat man sich in Österreich Zeit gelassen. Das erste österreichische Kernkraftwerk wird gerade fertig montiert und sollte den ursprünglichen Plänen

zufolge eigentlich in den nächsten Monaten in Betrieb gehen. Nachträglich geforderte Sicherheitsvorkehrungen der Behörden und Lieferschwierigkeiten des Erzeugers haben jedoch zu einer Verzögerung von einem Jahr geführt. Die österreichische Elektrizitätswirtschaft hat sich in ihrer Planung aber bereits fest darauf eingestellt, dass im nächsten Jahr im Winter das Kernkraftwerk zur Verfügung steht. Im Fall einer weiteren Verzögerung sieht Generaldirektor Erbacher von der Verbundgesellschaft aber schwerwiegende Konsequenzen.

Generaldirektor Erbacher: Sollte die Inbetriebnahme nicht per Ende 1977 möglich sein, also aus irgendwelchen Gründen, die außerhalb unseres Zugriffes liegen, beispielsweise erst nach dem Winter 1977/78 realisierbar sein, so müssen wir uns klar sein, dass wir dann in der österreichischen Stromversorgung einen nicht überbrückbaren Engpass haben. Es würde sicherlich zu einer Beschränkung des Stromverbrauches kommen müssen, denn wir können dann die notwendige Energie aus unseren Reservekraftwerken nicht aufbringen, und auch der europäische Markt ist derzeit nicht im Stande im Winter die Energiemenge zur Verfügung zu stellen, also durch Importe Österreichs, die dem Ausfall des Kernkraftwerkes entsprechen.

Herbert Hutar: Diese Beschränkung des Stromverbrauches würde also eine Kontingentierung bedeuten, eine Kontingentierung, die auch dann nötig wäre, wenn die Witterungsverhältnisse normal wären. Das heißt, wenn die Wasserkraftwerke an der Donau dem langjährigen Durchschnitt entsprechend und auch entsprechend der Planung arbeiten würden. Während aber in Europa die Wasserkraft eine geringe Rolle in der Stromerzeugung spielt, und diese Rolle wird noch kleiner bei weiter steigendem Energiebedarf in den nächsten Jahren, so befindet sich Österreich bislang in einer besseren Lage. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft hat in den letzten beiden Jahren nicht wenig dazu beigetragen, dass die Elektrizitätswirtschaft von den explodierten Preisen für Heizöl wesentlich geringer betroffen war als andere europäische Länder. Während der Trockenheit im Winter war es aber nötig, die Wärmekraftwerke, sowohl Ölkraftwerke als auch Kohle- und Gaskraftwerke, voll einzusetzen. Diese Situation hat sich bis jetzt nicht geändert. Die Wasserkraft scheint also auch in Österreich an Bedeutung zu verlieren.

Generaldirektor Erbacher: Die Wasserkraftwerke haben den Nachteil, dass das Dargebot von den Wetterverhältnissen abhängt. Das heißt, wir müssen rechnen, für österreichische Verhältnisse dargestellt, dass unter Umständen das Dargebot aus den Wasserkraftwerken in einem trockenen Jahr um 10, ja bis zu 15% zurückgeht. Das ist ein sehr beachtlicher Energieanteil, der muss, nachdem der

Konsum sich ja nicht dem anpasst, aus anderen Kraftwerken aufgebracht werden, und das sind natürlich nur Wärmekraftwerke.

Herbert Hutar: Nach dem Sommer wird also die öffentliche Diskussion über Für und Wider der Kernenergie voll einsetzen. Diese Diskussion haben andere Industriestaaten bereits hinter sich, und eine Volksabstimmung in Kalifornien hat beispielsweise eine überwältigende Mehrheit für die Kernenergie gebracht. Dies obwohl gerade in den Vereinigten Staaten die Öffentlichkeit besonders empfindlich gegenüber Nuklearprogrammen geworden ist. Eines jener Themen, die im Bewusstsein der Öffentlichkeit immer noch nicht gelöst erscheint, ist die Frage der Endlagerung ausgebrannter Brennelemente. Wie gesagt, nach der Sommerpause steht ein heißer Energieherbst bevor.“²⁶

Der gesamte Beitrag vermittelt eigentlich den Eindruck, dass Österreich sehnhch auf die Inbetriebnahme von Zwentendorf wartet. Besonders deutlich, wie hätte es auch anders sein sollen, war natürlich die Zustimmung zur Kernkraft bei Generaldirektor Erbacher vom Verbund ausgeprägt. In seinem Statement ging er sogar soweit, mit einer notwendigen Rationierung des Stromes im Winter zu drohen, sollte das Kernkraftwerk nicht planungsgerecht in Betrieb gehen. Einerseits war das der Absicherungsversuch der österreichischen Energiewirtschaft für den Fall, dass es bei einer nicht termingerechten Inbetriebnahme von Zwentendorf tatsächlich zu Engpässen in der Versorgung gekommen wäre, andererseits sollte dadurch eine gerade aufkeimende Diskussion um den Atomstrom in Österreich gleich in den Anfängen unterbunden werden. Ohne Atomkraft würden die Lichter ausgehen in Österreich, so lautete die unmissverständliche Botschaft. Diese beginnende Diskussion um die Sinnhaftigkeit der Kernenergie wird von Herbert Hutar noch im Abschluss seines Berichtes aufgegriffen, aber er verwies sofort auf die Volksabstimmung in Kalifornien, welche eine große Mehrheit für den Atomstrom erbracht hatte, obwohl die US-Bevölkerung besonders sensibel auf Nuklearprogramme reagiert, wie er auch betonte. Der Punkt, welcher als Einzelthema mit am stärksten zur Ablehnung der Atomenergie in Österreich beigetragen hat, die Frage nach der Atommüllentsorgung, steht ganz am Schluss der Reportage, als ein ungelöstes Problem im Bewusstsein der Öffentlichkeit. Diese Frage war aber keineswegs alleine im öffentlichen Bewusstsein ungelöst, auch die politischen Entscheidungsträger waren bei diesem Kernproblem, im wahrsten Sinne des Wortes, über ein eher vages Planungsstadium noch nicht hinausgekommen.

Die Sorge der Energiewirtschaft um einen Versorgungsengpass war nicht völlig unbegründet. Der sehr trockene Winter 1975/76 und das im ganzen sehr trockene Jahr 1976

²⁶ JM-760616

hatte zu einer starken Leistungseinbuße bei den österreichischen Wasserkraftwerken geführt. Diese Leistungseinbuße erbrachte eine Ertragseinbuße, denn die kalorischen Kraftwerke mussten vermehrt im Sommer eingesetzt werden, und der Rest der Versorgungslücke musste durch Stromimporte aus dem Ausland gedeckt werden. Die Mehrkosten wollte die E-Wirtschaft durch eine kräftige Strompreiserhöhung im Jahr 1977 ausgleichen.²⁷

Neben diesen Fragen der Stromversorgung und der Endlagerung des Atommülls trat aber auch die Frage nach der Sicherheit der Bevölkerung vor den schädlichen Auswirkungen der Radioaktivität zunehmend auf den Plan. Die dafür zuständige Sektion des Gesundheitsministeriums wurde in einem Beitrag für das Ö1-Mittagsjournal vom 14. Oktober 1976 durch Sektionschef Pindur vertreten. Herbert Hutar führte das Interview mit Sektionschef Pindur:

„Herbert Hutar: Herr Sektionschef Pindur, zu Ihrer Sektion gehört es, den Strahlenschutz in Österreich wahrzunehmen, unter anderem auch den Strahlenschutz für die Bevölkerung, die um das Kernkraftwerk in Zwentendorf wohnt. Wie sehen Sie zunächst einmal die Legitimation Ihrer Aufgabe.

Sektionschef Pindur: Der Gesetzgeber hat die politische Entscheidung getroffen, dass Kernkraftwerke gebaut werden dürfen, wenn bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Er hat diese Bedingungen nicht im Einzelnen spezifizieren können, sondern spricht eher auf einem höheren Abstraktionsgrad davon, dass mit ihrer Hilfe alles sichergestellt werden muss, was im Interesse der Gesundheit der Menschen und ihrer Nachkommen geboten ist.

Herbert Hutar: Der Strahlenschutz beim Betrieb und beim Bau eines Kernkraftwerkes erstreckt sich von der reinen Dosimetrie, also von dem Ausmaß, wieviel Strahlen an einen menschlichen Körper gelangen dürfen, bis zu Bestimmungen, wie dick beispielsweise eine Stahlwand oder eine Betonwand sein muss. Woher beziehen Sie Ihr „know-how“, woher beziehen Sie Ihre Kenntnisse um entsprechende Bestimmungen überhaupt erlassen zu können?

Sektionschef Pindur: Selbstverständlich reicht das eigene „know-how“ des Ministeriums nicht aus, deswegen haben wir die, das kann man wohl sagen, besten und führenden wissenschaftlichen Kapazitäten, Wissenschaftler-Persönlichkeiten unseres Landes, als Sachverständige gewonnen, die nur ihrem wissenschaftlichen Gewissen und der Republik Österreich verpflichtet, uns ihre Fachmeinung mitteilen, die wir dann in Bedingungen der Bescheide umgießen.

²⁷ JM-761019

Herbert Hutar: Gerade in der Kernenergie, gerade in der Nuklearenergie, ist es doch so, dass Forschung von der Industrie betrieben wird, dass also Forscher, dass also qualifizierte Forscher nicht scharenweise durch das Land laufen. Es könnte nun von Atomkraftgegnern der Vorwurf erhoben werden, dass es außerhalb der Industrie einfach zu wenig Experten gibt, die diese Fragen mit der entsprechenden Genauigkeit beurteilen können.

Sektionschef Pindur: Das ist sicher ein Problem, und wir sind im höchsten Maße bestrebt, auch nur jene Wissenschaftler zu gewinnen für diese Aufgabe, die auch rein in der Optik schon nicht den Anschein erwecken, als hätten sie durch frühere andere Bindungen oder gar durch parallele andere Bindungen in einem Interessenkonflikt, in einer Interessenkollision, dann schließlich Kompromisse zu suchen.

Herbert Hutar: Der Bundeskanzler hat die Ansicht geäußert, er würde ein weiteres Kraftwerk erst dann zulassen, wenn die Müllbeseitigung gelöst ist.

Sektionschef Pindur: Wir haben unseren Standpunkt immer völlig klar gemacht. Solange das Schicksal der bestrahlten Brennelemente nicht geklärt ist, wird dieses Ministerium einer Betriebsbewilligung nicht zustimmen.“²⁸

Auch in diesem Beitrag wurde auf die heiklen Fragen erst am Ende des Interviews eingegangen. Das Problem des Interessenkonfliktes eines Sachverständigen wurde durch die Versicherung von Sektionschef Pindur, nur solche Wissenschaftler gewählt zu haben, für die es zu von vornherein zu keinem Konflikt kommen kann, ausgeräumt. Wie die Auswahl der Experten vor sich ging, und um welche hehren Größen der Wissenschaft es sich dabei handelte, wurde geflissentlich verschwiegen. Weiter wird auf diesen Themenkreis vorerst nicht eingegangen, doch sollte die Frage nach der Motivation hinter einem Gutachten, hinter der Aussage eines Sachverständigen, im weiteren Verlauf der Kernkraft-Debatte zu einem der größten Probleme werden. Die Bundesregierung selbst konnte nicht als Sachverständiger auftreten, also musste sie sich auf das Urteilungsvermögen der Wissenschaft verlassen. Aber für jedes positive Gutachten sollte im Laufe der immer heftigeren Auseinandersetzung, vor allem auch immer emotionaler geführten Diskussion, ein negatives Gutachten von der Gegenseite erstellt werden. Den Kampf der Experten, der Professoren und Sachverständigen, konnte keine Seite für sich entscheiden, denn die Wissenschaftler selbst waren grundsätzlich unterschiedlicher Ansichten. Also blieb der Eindruck des Zweifels, der immer stärker und bestimmender in der Öffentlichkeit wurde. Ganz am Ende des Interviews wird abermals die Frage nach der Entsorgung des Atommülls gestellt. Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Frage und

²⁸ JM-761014

Antwort zu unterschiedlichen Auslegungen führen können. Herbert Hutar zitierte eine Aussage von Bundeskanzler Kreisky, nach der es nicht zum Bau eines zweiten Atomkraftwerkes kommen würde, solange die Frage nach der Atommüllentsorgung nicht hinreichend geklärt wäre. Die Antwort von Sektionschef Pindur schließt eigentlich die Inbetriebnahme von jedem Kernkraftwerk aus, egal ob es sich dabei um das erste oder zehnte AKW handeln würde. Also war auch die Inbetriebnahme des ersten österreichischen Atomkraftwerkes in Zwentendorf ohne vorherige Lösung dieser Frage, rein nach dem Wortlaut von Sektionschef Pindurs Antwort, nicht möglich.

Der internationale Aspekt der weltweiten Diskussion um die friedliche Nutzung der Atomkraft als ein weiterer Auslöser einer innerösterreichischen Debatte des Themas, sollte auf keinen Fall unterschätzt werden. Die Frage nach der Errichtung von Atomkraftwerken in der Schweiz, der BRD und die bereits zum Teil gewalttätigen Demonstrationen in der BRD gegen Atomkraftwerke oder geplante Endlagerstätten, wurden kurz vor der Inbetriebnahme des österreichischen Reaktors mit wesentlich mehr Aufmerksamkeit als je zuvor verfolgt.

Um in Österreich eine ähnliche Entwicklung zu verhindern, war aus Sicht der SPÖ rasches und entschlossenes Handeln erforderlich. Deshalb beschloss die Bundesregierung am 14. Oktober 1976 eine Aufklärungskampagne über Kernenergie unter dem Motto:

*„Lieber heute selbst initiativ als morgen bürgerinitiativ“.*²⁹

Es darf als erwiesen betrachtet werden, dass diesem Unterfangen kein Erfolg beschieden war. Ein Umfrage der „Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft“ führt zu einem erstaunlichen Ergebnis. Im Mai 1975 waren 55% der Befragten der Meinung, dass ein Atomkraftwerk gefährlicher sei als ein herkömmliches Kraftwerk. Nach der Informationskampagne war dieser Wert auf 64% gestiegen.³⁰ Aber darin ist vielleicht weniger ein Versagen der Informationspolitik der Regierung zu sehen, als vielmehr eine Art von Dambruch im öffentlichen Bewusstsein, gegen den auch die beste Kampagne machtlos gewesen wäre. Nebenbei bemerkt war es auch nicht unbedingt die beste Kampagne, welche geführt wurde. Die neuen Diskussionsabende in acht Städten boten vielmehr den Atomgegnern eine Plattform, um ihren Standpunkt einem größeren Publikum bekannt zu machen.

Das erklärte Ziel der Informationskampagne über die Atomkraft war es, die Öffentlichkeit möglichst umfassend und objektiv über die Vor- und Nachteile der Kernenergie durch eine

²⁹ Tollmann. S. 55

³⁰ Premstaller. S. 49

Expertengruppe zu unterrichten, die sowohl aus Befürwortern als auch aus Gegnern bestehen sollte.³¹

Doch gerade dieses Bemühen der Regierung um Objektivität stieß auf immer mehr Misstrauen in der Bevölkerung, welche, zu Recht oder Unrecht ist eine Frage des Standpunktes, Experten der Regierung grundsätzlich der Voreingenommenheit verdächtigte. Von Seiten der Regierung waren allerdings in der Tat keine Expertenstimmen gegen Atomkraft zu hören.

So spielte die bereits im Interview mit Sektionschef Pindur angesprochene Frage nach der tatsächlichen Objektivität, ja nach der Möglichkeit der Objektivität von Wissenschaftlern, auch in den USA und der dortigen Diskussion um Atomkraft eine Rolle, die wiederum auf Österreich Rückwirkungen hatte. In den Vereinigten Staaten, die über große Uranerzvorkommen verfügten und verfügen, spielte die Kernkraft, auch in den 60er- und 70er-Jahren als eine Alternative zur Nutzung von fossilen Energiequellen eine wichtige Rolle. In einem Beitrag von George Siegert für das Ö1-Mittagsjournal vom 9. Juni 1976, unmittelbar nach der bereits erwähnten Atom-Volksabstimmung in Kalifornien, kamen die Befürworter der friedlichen Nutzung der Kernkraft, allerdings indirekt, zu Wort. Allen voran der Vater der Wasserstoffbombe, Edward Teller. In seiner einleitenden Moderation betonte Bruno Berger, dass nach Meinung vieler Experten es eine Notwendigkeit gibt, bei einer ständig wachsenden Weltbevölkerung und einem gleichfalls ständig steigendem Weltenergiebedarf, Atomkraft als Energiequelle für die Zukunft zu nutzen:

„Bruno Berger: Der Weltenergieverbrauch wird derzeit zu rund 70% aus den natürlichen Öl- und Gasquellen bestritten, der Rest wird aus Kohle, Holz und Wasserkraft gewonnen. 4 Milliarden Menschen bevölkern derzeit die Erde, im Jahr 2000 werden es etwa 7 Milliarden sein. Der Weltenergiebedarf wird also weiter steigen, und Experten sind nun vielfach der Meinung, dass mit den konventionellen Quellen dieser Bedarf nicht mehr zu decken sein wird. Etwa ein Drittel der benötigten Energie wird fehlen, so nicht revolutionäre Entwicklungen eintreten. Manche Fachleute sprechen dabei schon von einem bevorstehenden Weltenergienotstand und denken dabei an den vermehrten und gesteigerten Einsatz von Atomenergie, mit der dieses Problem spielend zu lösen sein wird. Ja, wenn in der Problematik der Atomenergie nicht zwei grundsätzliche Meinungen existierten. Das Problem ist bekannt, es geht um die Gruppe der Befürworter und der Gegner der Atomenergie und ihre unmittelbar

³¹ Nowotny, Helga. Experten – Öffentlichkeit – Entscheidungsträger. Die Auseinandersetzung um die Kernenergie aus soziologischer Sicht. Wien 1978. S. 33

angeschlossenen Lobbys, also die Werbetrommler pro und contra Atomenergie. Und an dieser Stelle ist es sicher interessant, ein aktuelles Referendum anzumerken, das gestern im amerikanischen Bundesstaat Kalifornien abgehalten wurde und bei dem das sicher überraschende Ergebnis zu verzeichnen war, dass die kalifornischen Wähler mit überwältigender Mehrheit schärfste Sicherheitsvorkehrungen für den Bau von Kernkraftwerken abgelehnt haben. Ein Sieg der Befürworter der Kernenergie also. Einer der Experten, der dieser Gruppe zuzurechnen ist, also der Gruppe der Befürworter der Kernenergie, ist der amerikanische Atomphysiker Dr. Teller. Atomenergie pro und contra, damit beschäftigt sich nun George Siegert.

George Siegert: Teller weist daraufhin, dass in Amerika nicht ein einziger Mensch durch Auswirkungen eines Atomreaktors zu Schaden gekommen ist, nicht ein einziger. Es hat Unfälle gegeben, die teuer waren, aber nicht mehr als das. Es gab keine Schädigung, keinen Krankheitsfall und natürlich keinen einzigen Todesfall. Dr. Teller macht durchaus klar, dass solche Atomreaktoren nur in industriell hoch entwickelten Ländern aufgestellt werden sollen, wo sie korrekt und sicher betrieben werden können. Dr. Teller meint, dass auf diese Weise die Länder, die Atomenergie benutzen, Öl für die Länder freimachen, denen Atomenergie nicht zur Verfügung steht und wohl auch nicht zur Verfügung stehen sollte. Wörtlich sagte Teller: Jede Tonne Öl, die die Vereinigten Staaten importieren, geht anderen Ländern verloren, wo der Bedarf größer ist. Zweifellos ein starkes Argument für Kernenergie. Ebenfalls für Atomenergie trat vor einem Senatsausschuss Elliot Richardson, der amerikanische Handelsminister, ein, indem er über technologische Fortschritte berichten konnte, die es ermöglichen, den so sehr gefürchteten Atomabfall zu beseitigen und zwar so, dass er keine Gefahr mehr für die Menschheit bedeutet. Auch Richardson glaubt, dass wassergekühlte Atomreaktoren eine große Rolle bei der Energieversorgung der Zukunft spielen müssen. Es sind aber gerade diese Reaktoren, bei denen radioaktiver Abfall entsteht. Die Wissenschaft ist heute, laut Richardson, in der Lage, Atomabfall in fester Form als Kapseln unter geologischen Erdformationen zu begraben, sodass jede Ausstrahlung unmöglich ist. Es war unvermeidlich, dass das Problem Atomenergie auch in den amerikanischen Wahlkampf hineinspielen würde. Bei den kalifornischen Vorwahlen haben verschiedene Gruppen ein Referendum durchgesetzt. Dr. Edward Teller weist daraufhin, dass dies nicht etwa eine Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit darstellt, auf jeden Fall aber die Reaktoren total unwirtschaftlich machen würde. Oregon und ein Dutzend anderer Staaten konnten sich anschließen, mit dem Erfolg, dass die

amerikanische Atomenergieindustrie in gut zwei Jahren tot sein würde. Damit würde Amerika, so Atomphysiker Teller, dem größten Weltproblem einer globalen [unverständlich] dem Rücken gekehrt haben. Es ist interessant zu vermerken, dass in keinem einzigen amerikanischen Bundesstaat der Bau von Atomkraftwerken gesetzlich verboten ist. Folglich wenden sich die Gegner der Atomenergie jetzt an die Massen, die aber, wie Dr. Teller betont, durchaus nicht immer in der Lage sind, die Probleme der Atomenergie zu verstehen, vor allem, weil sie ihre Informationen meist aus sensationell aufgemachter Propaganda beziehen. Die Frage, die Dr. Teller aufwirft, lautet: Können wir in unserer demokratischen Gesellschaft Angst überwinden, können wir den großen internationalen Problemen, die jeden einzelnen von uns berühren, die Prioritäten beimessen, die ihnen zukommen, oder wird provinzielles Denken und Bange machen vorherrschen.“ ³²

Aber auch in den Vereinigten Staaten waren bei weitem nicht mehr alle Wissenschaftler auf Seiten der Befürworter der Atomenergie. Wie weit war es mit der unerschütterlichen Objektivität der Wissenschaft her, wenn Experten die Seiten wechselten, im konkreten Fall von den Befürwortern zu den Gegnern der Atomenergie. In seinem Beitrag für das Ö1-Mittagsjournal vom 23. Oktober 1976 ging Peter Bauer dieser Frage nach. Auch hier soll ebenfalls die Einleitung des Beitrages in der Moderation von Roland Machatschke wiedergegeben werden, spiegelt sich in ihr doch bereits die Wende in den Medien, welche nun auf das Thema Atomkraft und die Diskussion darüber in Österreich aufmerksamer werden. Bei Roland Machatschke ist bereits von einer heißen österreichischen Diskussion um die Atomkraft die Rede:

„Roland Machatschke: Die USA sind das Land mit der größten Erfahrung auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Immerhin sind dort 61 Kernkraftwerke in Betrieb und viele mehr in Bau. Aber immer häufiger kommen gerade aus den USA Meldungen, wonach es mit der Sicherheit dieser Kraftwerke doch nicht ganz so bestellt ist, wie oft behauptet wird. Besonders zu denken gibt, dass immer mehr Kernkrafttechniker und Atomspezialisten sozusagen ins andere Lager überlaufen, zu den Atomgegnern. Sammelbecken für diese Flüchtlinge ist die „Union of Concerned Scientists“, die Vereinigung besorgter Wissenschaftler. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung wird aus den USA gemeldet, dass in 36 Kraftwerken, dessen Reaktoren zum Typ des Druckwasserreaktors gehören, solche Verdachtsgründe aufgetaucht sind, dass man ernsthaft die Abschaltung

³² JM-760609

zu Reparaturzwecken überlegt. Die Diskussion für und wider Atomkraft ist in den USA mindestens so heiß wie in Österreich, wo zur Zeit ja bekanntlich eine Informationskampagne der Bundesregierung läuft. Aus New York berichtet Peter Bauer.

Peter Bauer: Die sofortige Schließung aller amerikanischer Atomkraftwerke hat ein prominenter Fachmann in Washington gefordert, der an der Überwachung der 61 US-Kernkraftwerke durch die für Betriebssicherheitsfragen zuständige Nuklear-Aufsichtsbehörde mitarbeitete. Ronald Flüge legte gleichzeitig seinen Posten bei der Behörde nieder und ging zur Vereinigung besorgter Wissenschaftler über. Diese Organisation versucht, die Ausbreitung der Kernkraftwerke zu verhindern, da die Betriebssicherheit und Abfallproblematik für ausgebrannte atomare Brennstoffe nach ihrer Darstellung ungelöst sind. Flüge warf seinem bisherigen Arbeitgeber vor, alle Sicherheitsprobleme in amerikanischen Atomkraftwerken vertuscht oder als unbedeutend bezeichnet zu haben. Die Aufsichtsbehörde wies die Vorwürfe als übertrieben zurück, obwohl man zugestand, dass es Probleme mit den so genannten Druckwasserreaktoren gegeben hat. Bereits vor einem Jahr war ein anderer Behördenfachmann unter gleichen Umständen ausgeschieden und zu den Atomenergiegegnern übergegangen. Die Dachverbände der Elektroindustrie und der Versorgungsunternehmen halten den Auftritt Flüges für einen Wahlkampftrick, mit dem man die Wähler in sechs amerikanischen Bundesstaaten dazu bewegen will, in den Volksbegehren am 2. November für eine Verschärfung der Zulassungs- und Betriebsbestimmungen für Atomkraftwerke zu stimmen. Bei den Wahlen im November steht erstmals in den Bundesstaaten Oregon, Washington, Colorado, Arizona, Montana und Ohio eine Passage auf den Wahlzetteln, die die Länderparlamente gesetzlich dazu verpflichtet, für jedes neue Atomkraftwerk zu bescheinigen, dass die Sicherheitssysteme im Falle eines Unfalles ausreichen, um die Abgabe von radioaktiven Stoffen zu verhindern. Außerdem müsste ein narrensicherer Weg für die Lagerung des Atommülls gefunden werden. Auch das zur Zeit existierende Versicherungslimit bei Kernkraftwerksunfällen in Höhe von einer halben Milliarde Dollar soll aufgehoben und durch eine vollkommene Versicherungspflicht der Elektrizitätsunternehmen beseitigt werden. In California war ein ähnlicher Vorschlag in einer Volksabstimmung im Sommer abgelehnt worden, doch rechnen sich die Atomkraftgegner in anderen Bundesstaaten bessere Chancen aus. Zur Zeit decken die 61 Atomkraftwerke rund 8% des gesamten amerikanischen Strombedarfs. Dieser Anteil soll bis 1985 auf 35% steigen. Alles in allem sollen bei einem programmgemäßen Ablauf innerhalb der

nächsten 10 bis 15 Jahre 167 neue US-Kernkraftwerke gebaut werden. Anhand dieser Ziffern ist deutlich abzulesen, dass es bei dem jetzigen Kampf der Atomkraftgegner und Befürworter um die zukünftige Richtung der amerikanischen Energiepolitik und um die Entscheidung geht, ob man jetzt mit Volldampf den Weg ins atomare Zeitalter gehen oder nach alternativen Energiequellen suchen soll. Sollte der demokratische Präsidentschaftskandidat Jimmy Carter ins Weiße Haus einziehen, dann werden die Atomkraftgegner mit Sicherheit in den kommenden vier Jahren erheblichen Auftrieb erhalten. Der Nuklearingenieur aus Georgia lässt nämlich keinen Zweifel daran, dass er gegen einen, nach seiner Meinung riskanten, GroÙeinsatz von Atomkraftwerken zur Deckung des amerikanischen Energiebedarfs ist und stattdessen dem verstärkten Einsatz von Kohle und der Entwicklung der Sonnenenergie Vorrang einräumen will.“³³

Die Debatte um den Energieverbrauch und Möglichkeiten zum Energiesparen war auch in Österreich, spätestens durch die Öl-Krise von 1973/74, voll ausgebrochen. Die Wachstumsprognosen der Wirtschaft und das damit verbundene Ansteigen des Energieverbrauches waren durch die weltweite Rezession nach dem Öl-Schock für einige Zeit aufgeschoben, aber, wie die E-Wirtschaft nicht müde wurde zu betonen, nicht aufgehoben.

Ein ebenfalls interessanter Aspekt der friedlichen Nutzung der Kernenergie betraf die Exploration von Uranerzvorkommen in Österreich. Die Möglichkeit einer vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sinnvollen Ausbeute solcher Lagerstätten in den Alpen durch die ÖMV war soweit gediehen, dass ein Bericht im Ö1-Mittagsjournal vom 7. Oktober 1976 ausgestrahlt wurde.³⁴ Neben dem rein wirtschaftlichen Aspekt, wenn es tatsächlich Uran in nennenswertem Umfang gegeben hätte, sollten die sich daraus ableitbaren weiteren Punkte nicht vergessen werden. Bei einem Uranerzvorkommen innerhalb der österreichischen Grenzen wäre zumindest eine Teilautarkie bei der Versorgung mit Brennelementen möglich gewesen, eine nicht unwesentliche Verbesserung in der Verhandlungsposition mit den Vereinigten Staaten, auch und gerade in Bezug auf die weitere Vorgehensweise mit den verbrauchten Brennstäben. Aber was wahrscheinlich noch wichtiger hätte sein können, alleine aus politisch-psychologischen Überlegungen heraus wären die Auswirkungen auf die Frage einer innerösterreichischen Atommülllagerstätte. Die Argumentationsschiene, dass ja

³³ JM-761023

³⁴ JM-761007

nur etwas wieder unter der Erde verschwinden würde, was ohnehin zuvor schon dort war, bietet sich auch heute noch förmlich an.

Die E-Wirtschaft trat nun allgemein in Österreich massiv als Trommler für die eigene Sache auf. Bei einer Pressekonferenz der Energiewirtschaft im Presseclub Concordia, Herbert Hutar berichtete darüber am 29. Oktober 1976 im Ö1-Mittagsjournal, wurde unter anderem auf Alternativenergie aus Wind, Sonne und Erdwärme mit dem Hinweis eingegangen, oder besser gesagt, mit dem Hinweis vom Tisch gefegt, dass diese frühestens im Jahre 2000 zur Verfügung stehen würde, im Gegensatz zur so gut wie sofort einsetzbaren Atomenergie.³⁵

Die Frage der Alternativenenergiequellen wurde kurz darauf Thema eines weiteren Beitrages im Ö1-Mittagsjournal. In der Sendung vom 22. November 1976 wurde Univ. Prof. Dr. Engelbert Broda, der Bruder des damaligen Justizministers, zur Frage der Nutzung von Wasserstoff für die Energiegewinnung interviewt.³⁶ In dieser Frage scheint allerdings die Wissenschaft, aus welchen Gründen auch immer, seit beinahe 30 Jahren auf der Stelle zu treten.

Die Diskussion rund ums Atom in Österreich gewann nun rasch an Eigendynamik. Eine unangenehme Überraschung für die Befürworter des Atomstroms, war doch aus ihrer Sicht die Inbetriebnahme Zwentendorfs nur mehr eine Frage der Zeit. Doch sollte es nicht bei der Tatsache der Diskussion an sich bleiben, welche für Beunruhigung in Kreisen der Wirtschaft, der Gewerkschaft, bei den Betreibern und bei der Regierung sorgte, auch die Art und die Inhalte der öffentlichen Debatte deuteten auf ein Umdenken in der Bevölkerung, ein ständig wachsendes Potential der Gegnerschaft zur Kernenergie hin.

Im Ö1-Mittagsjournal vom 3. Februar 1977 widmete sich der Betrag von Herbert Hutar einer IMAS-Umfrage über die Meinung der Österreicher zur Kernenergie. Diese war im Auftrag der Elektrizitätswirtschaft durchgeführt worden, ein Umstand, der von Karl Jirkovsky in der Einleitungsmoderation genannt wird. Herbert Hutar geht in seinem Beitrag nicht näher auf die Auftraggeber ein, wodurch die Umfrage und die Ergebnisse einen sehr viel offizielleren Charakter bekommen:

„Gleich eine der ersten Fragen befasst sich mit dem Hauptproblem: „Haben Sie bereits von einem Strahlenunfall in Verbindung mit einem Kernkraftwerk gelesen.“ und „Sind bei einem solchen Unfall Personen zu Schaden gekommen.“ 47% der Befragten geben an, bereits von einem Strahlenunfall gelesen zu haben und ungefähr ebenso viele Leute wissen auch von einem Personenschaden. In

³⁵ JM-761029

³⁶ JM-761122

einer weiteren Frage versucht das IMAS-Institut herauszubekommen, was die Österreicher, allgemein gesehen, für besonders schrecklich halten, ohne Rücksicht darauf, ob sie davon persönlich betroffen sein könnten oder nicht. Für besonders verhängnisvoll hält man eine unheilbare Krankheit. Dieser Meinung sind 56% der Befragten. Eine Kraftwerkskatastrophe, etwa ein Dambruch oder der Einsturz einer Staumauer, aber auch eine Kernkraftwerkskatastrophe, hält etwa ein Drittel der Befragten für besonders Furcht erregend. Etwa den gleichen Stellenwert nehmen eine Giftkatastrophe ein, wie etwa in Seveso in Oberitalien voriges Jahr, oder aber auch eine Seuche. Dazwischen erscheinen ein schwerer Verkehrsunfall und, mit einigem Abstand, eine Brandkatastrophe als besonders entsetzlich. Nun kommt die einschränkende Frage: „Wenn Sie von einer Katastrophe persönlich betroffen werden, welches Unheil würde Sie am ehesten treffen?“.

Hier glauben die meisten Leute, nämlich 70%, dass sie am ehesten einem schweren Verkehrsunfall zum Opfer fallen könnten. Dass sich nur 8% der Befragten persönlich von einem Kernkraftwerk bedroht fühlen, dürfte wohl daran liegen, dass in Österreich noch kein Atomkraftwerk in Betrieb ist. Dagegen meinen 46% von einer unheilbaren Krankheit befallen zu werden, 26% fürchten Opfer einer Brandkatastrophe zu werden und 11% fürchten sich vor einer Giftkatastrophe. Ein weiterer Fragenkomplex versucht die Einstellung der Österreicher zur Versorgungssicherheit mit Energie zu erfassen. Zur Diskussion steht die Versorgung von Wärmekraftwerken mit verschiedenen Brennstoffen für den Fall, dass sie von einem solchen Wärmekraftwerk allein abhängig wären. Hier fühlen sich die meisten von einem Atomkraftwerk am sichersten versorgt, nämlich 38%. Auf Heizöl aus dem Ostblock wollen sich nur 22% verlassen und auf Öl aus arabischen Ländern nur 20%. In diesem Zusammenhang wird auch untersucht, worauf die Österreicher bei Energieausfall am ehesten verzichten wollen. An erster Stelle steht der Fernseher mit 47%, gleich danach kommt der Staubsauger und auf elektrische Beleuchtung wollen nur 2% der Befragten verzichten. Das finstere Zimmer scheint also eine empfindliche Drohung zu sein. Auch der Energiepreis spielt eine gewichtige Rolle. Am unangenehmsten wird laut Umfrage ein Preiserhöhung bei elektrischem Strom empfunden, und zwar von 77% der Befragten. Nur 27% wollen den Meinungsforschern zugestehen, dass sie eine Benzinpreiserhöhung besonders ärgern würde, und 22% finden eine Heizölpreiserhöhung lästig. Zum Schluss kommen noch zwei Fragen, die die laufende Kernkraftwerksdiskussion direkt berühren: „Wer sind die Kernkraftwerksgegner?“. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten glaubt, dass

Leute in unmittelbarer Nähe von Kernkraftwerksstandorten an vorderster Linie der Gegner stehen. Gut 40% meinen, dies seien Leute, die einfach Angst vor dem Neuen und dem Unbekannten haben. Und ein Fünftel hält Berufsprotestierer für die Hauptgegner der Kernenergie. Und zur Einführung der Kernenergie in Österreich ist folgendes Ergebnis erhoben worden: Für eine angemessene Energieversorgung halten 55% der Befragten den Schritt zur Kernenergie für unvermeidlich. 28% glauben, dass auch ohne Atomkraftwerk die Lichter nicht ausgehen werden.“³⁷

Dieser Beitrag erscheint, vom Standpunkt eines objektiven Journalismus aus betrachtet, als einer der einseitigsten zum Thema Atomkraft in den Ö1-Journalsendungen, aber auch als einer der einseitigsten überhaupt. In ihm wurde überhaupt nicht auf die Tatsache eingegangen, dass die E-Wirtschaft der Auftraggeber für die Umfrage war und ein vitales Interesse an der Inbetriebnahme von Zwentendorf hat. Es wurde keine Auskunft über die Anzahl der Befragten oder deren „Streuung“ in der sozialen Bandbreite der Bevölkerung gegeben. Herbert Hutar geht aber auch nicht auf einige der sehr speziellen Fragen oder die Art der Fragestellung näher ein, die diese Umfrage passagenweise schon als einen gelungenen Propagandatrick von IMAS im Auftrag der E-Wirtschaft erscheinen lassen. Wenn etwa Atomkraftwerke in einem Atemzug mit herkömmlichen kalorischen Kraftwerken genannt werden oder die Frage nach dem Verzichtsverhalten bei einer Stromknappheit gestellt wird, so geht das deutlich über die Grenze der Manipulation. Aber auch einige der Ergebnisse erscheinen einem gelernten Österreicher zumindest fragwürdig. So ist es wenig glaubwürdig, dass 77% der Befragten eine Strompreiserhöhung als unangenehmer im Vergleich zu einer Benzinpreiserhöhung empfänden, besonders angesichts der Tatsache, dass in dieser Zeit der Ölpreisschock noch nicht weit in der Vergangenheit lag.

Neben der logischen Konzentration in der Berichterstattung über Atomkraft auf die Diskussion in Österreich, wurde aber auch Ereignissen im Ausland einige Aufmerksamkeit gewidmet. Die internationale Problematik der Atomkraft hatte in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre nicht die Brisanz, welche die Diskussion zu Beginn des 21. Jahrhunderts kennzeichnet, aber auch damals war es keinesfalls eine konfliktfreie Lage. Die beiden Berichte von Klaus Emmerich und Karl Brugger im Ö1-Mittagsjournal vom 5. Februar 1977 über ein geplantes Kernkraftwerks-Geschäft zwischen der BRD und Brasilien und die Reaktion der Vereinigten Staaten darauf spiegeln die ganze Komplexität der Thematik wieder. Ein Auftrag im Umfang von 70 Milliarden DM aus Brasilien an die deutsche Atomindustrie hatte die USA auf den Plan gerufen. US-Präsident Carter wollte eine weitere

³⁷ JM-770203

Verbreitung von Atomtechnologie wegen der damit ständig verbundenen militärischen Möglichkeiten unter allen Umständen verhindern.³⁸ Sehr viel weniger problematisch sah die US-Regierung die Errichtung eines Atomreaktors in Israel im Jahr zuvor, worüber Moshe Meisels am 19. Juli 1976 im Ö1-Mittagsjournal berichtete.³⁹ Aber auch erste Anzeichen dafür, dass Widerstand gegen Atomstrom nicht völlig sinnlos war, fanden ihren Weg in die österreichischen Nachrichten. Der Baustopp für das AKW Brokdorf in der BRD war für die deutsche Atomindustrie ein weiterer Rückschlag. Wieder war es Klaus Emmerich, der darüber im Ö1-Mittagsjournal vom 12. Februar 1977 berichtete.⁴⁰

Das größte Problem der Befürworter eines oder auch mehrerer Atomkraftwerke in Österreich blieb aber die ungeklärte Frage nach der Entsorgung des Atommülls. Auch in der Berichterstattung des ORF in den Ö1-Mittagsjournalen trat die Frage nach der Atommülllagerung immer mehr in den Vordergrund. Auch über internationale Aspekte dieser Frage wurde berichtet. Die Reportage von George Siegert für das Ö1-Mittagsjournal vom 13. August 1976 behandelte Pläne zur Atommülllagerung in der Antarktis.⁴¹

Lösungsvorschläge für dieses Problem aus österreichischer Sicht betrafen dabei in erster Linie eine Endlagerung im Urgestein, also im Granit des Waldviertels, oder in aufgelassenen Bergwerken.

Die Frage nach der Nutzbarkeit alter Bergbaustollen in Tirol wurde vom Innsbrucker Geologen Univ. Prof. Dr. Helfried Mostler im Interview für das Ö1-Mittagsjournal vom 9. November 1976 als von vornherein sehr problematisch bezeichnet. Neben der Problematik einer möglichen radioaktiven Verseuchung von Bergwasser, dadurch aber in absehbarer Zeit auch einer Verseuchung von Grundwasser, trat noch die ungeklärte Frage nach der Lage und Beschaffenheit aller jemals geschlagenen Stollen in den Bergen Tirols.⁴²

Was die Lagerung des Atommülls im Waldviertel betraf, so rechnete die Bundesregierung wohl mit der Zustimmung sowohl der niederösterreichischen Landesregierung aus den bereits weiter oben genannten Gründen als auch der Bevölkerung. Dieser in vielerlei Hinsicht benachteiligten Region Österreichs wurden großzügige Förderungen versprochen, wenn der Atommüll unter dem Waldviertler Granit verschwinden würde. Die Idee zur Atommülllagerung im Waldviertel war spätestens im Jahr 1976, also kurz vor der geplanten, aber damals bereits verschobenen, Inbetriebnahme des Reaktors zum Diskussionsthema in den Medien geworden. Doch bereits zu Jahresende 1976 schlug der niederösterreichische Landeshauptmann Maurer, noch in den 60er-Jahren einer der heftigsten Befürworter des

³⁸ JM-770205

³⁹ JM-760719

⁴⁰ JM-770212

⁴¹ JM-760813

⁴² JM-761109

Atomkraftwerkes Zwentendorf, eine Lagerung des Atommülls außerhalb von Österreich, beispielsweise in der BRD vor.⁴³

Die Frage nach der Errichtung eines Atommüll-Endlagers am Truppenübungsplatz Allentsteig, im Herzen des Waldviertels, wurde besonders im Jahr 1977 heftig diskutiert. Am 25. Februar 1977 gab es eine weitere Aussprache zwischen dem niederösterreichischen Landeshauptmann Maurer, dem Landeshauptmannstellvertreter Hans Czettel und Bundeskanzler Kreisky in Wien. Landshauptmann Maurer sprach sich dabei nicht prinzipiell gegen die Atomkraft aus, er machte aber die Gründe, die letztlich der Errichtung eines Teilchenbeschleunigers in Göpfritz im Waldviertel verhindert hatten, auch für ein Atommüllendlager geltend. Bei Probebohrungen war man auf Wasseradern im Granit gestoßen, ein Umstand, der gegen den Truppenübungsplatz, welcher gleich an Göpfritz angrenzte, als Endlagerplatz, sprach. Auch vertrat Landeshauptmann Maurer die Meinung, Firmen aus der BRD würden mit der Errichtung des Kraftwerkes Profite machen, also sollte auch die BRD als Land für ein Endlager in Erwägung gezogen werden. Die deutlich ablehnende Haltung der Bevölkerung im Waldviertel wurde schließlich von Maurer auch noch ins Treffen geführt. Bei einer Diskussionsveranstaltung in Göpfritz wurden die Verantwortlichen der Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H (GKT) gefragt, warum sie dieses Problem nicht schon lange vorher geklärt hätten. Die Antwort, dass 1970 diese Frage noch nicht als so schwierig angesehen wurde und dass 1990, wenn das Problem schlagend würde, eine Lösung gefunden wäre, konnte nicht überzeugen. Ein Bauer aus Göpfritz erwiderte, wenn er einen Stall errichte, so muss er auch schon vorher wissen, wo der Misthaufen sein wird, nicht erst Jahre später.⁴⁴ Die Motivation der Bundesregierung, die Lösung im Waldviertel zu verwirklichen, lag auf der Hand. Atommülllagerung in Österreich hätte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Zustimmung der Vereinigten Staaten gefunden. Diese Zustimmung war aber unerlässlich, denn die Vereinigten Staaten hatten sich als Lieferant des Rohurans das Recht über den weiteren Verbleib der Brennstäbe nach deren Nutzung im Kraftwerk, zu entscheiden vorbehalten. Ohne Zustimmung der USA waren keine Wiederaufbereitung oder Endlagerung möglich, also war eigentlich kein echter Betrieb des Atomkraftwerkes möglich. Warum dieses Problem nicht in der Anfangsphase der Planungsarbeit gelöst wurde, bleibt eine der vielen ungeklärten Fragen in Zusammenhang mit dem Umgang der österreichischen Regierung, der Behörden und der Betreiber mit dem Projekt Zwentendorf. Aber vielleicht liegt darin einfach ein gutes Stück österreichischer Konfliktkultur, nämlich einem Konflikt solange aus dem Weg zu gehen, bis er sich tunlichst von selbst löst. In diesem Fall, wie in so vielen anderen, kam es aber nicht zur Lösung, sondern zum finalen Crash.

⁴³ JM-761216

⁴⁴ JM-770225

Im Frühjahr 1977 zählten einige der wichtigsten Politiker der SPÖ, allen voran ÖGB-Präsident Anton Benya, Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch, Handelsminister Josef Staribacher und Nationalbankdirektor Heinz Kienzl zu „strahlenden“ Atomkraftbefürwortern. Bundeskanzler Kreisky, darin erkannte man den alles abwägenden Diplomaten und ehemaligen Außenminister, hatte noch - zumindest in der Öffentlichkeit - letzte Zweifel.⁴⁵

„Ich habe halt einfach Bedenken. Weder in der Atommüllfrage noch in anderen Fragen der Sicherheit hat bisher die Diskussion ein Ergebnis gebracht. Mit Gewalt wird es sicherlich keine Lösung gegen die Bevölkerung geben. Jetzt warten wir einmal ab, was uns die hoch qualifizierten Experten bei der Klausur der Regierung sagen werden.“⁴⁶

Die Bundesregierung entschied sich bei ihrer Klausur auf Schloss Herberstein am 6. Juni 1977 für die friedliche Nutzung von Kernenergie und damit für die Inbetriebnahme von Zwentendorf, jedoch nur wenn die Entsorgungsfrage positiv geklärt wäre.⁴⁷ Nach dieser Grundsatzeinigung innerhalb der Regierung wurde die Erstellung eines Regierungsberichtes zum Thema für das Parlament begonnen.⁴⁸

Am 10. Juni 1977 wurde der niederösterreichische Landeshauptmann Maurer zur Frage der Atommülllagerung in Niederösterreich von Eugen Freund für das Ö1-Mittagsjournal zu dieser Frage interviewt:

„Eugen Freund: Herr Landeshauptmann Maurer, nach der Regierungsklausur der Bundesregierung in Herrenstein, lässt sich so etwas wie ein „Ja“ der Bundesregierung zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf herauslesen. Sie haben sich bisher stets gegen Niederösterreich als Standort der Endlagerung ausgesprochen:

Landeshauptmann Maurer: Nunmehr gibt es ein geologisches Gutachten im Bundesministerium, das also hier von mehreren Stellen spricht, wo Atommüll abgelagert werden kann. Bitte, ich selbst bin der Auffassung, dass überhaupt zuerst alle internationalen Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, bevor man überhaupt auf eine Lagerung auf regionaler Basis denkt. Ich glaube, dass

⁴⁵ Premstaller. S. 47

⁴⁶ Tollmann. S. 64

⁴⁷ Zemanek. S. 23

⁴⁸ Zehetgruber. S. 80

dies grundsätzlich falsch ist. Meine Frage ist ja nach wie vor die – ist mit Frankreich, ist mit England, sind mit Deutschland alle Möglichkeiten ausgeschöpft, eine Lagerung vorzunehmen? Diese Fragen sind meiner Meinung nach vorherrschend, und davon wird's abhängig sein, ob andere Lösungsmöglichkeiten durchgeführt werden müssen. Jedenfalls ist es so, dass wir die Bestimmung des Ortes, an dem die radioaktiven Abfälle gelagert werden sollen, nicht der Landeshauptmann zuständig ist, sondern das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz.

Eugen Freund: Nun gibt es aber auch eine Stellungnahme des Gesundheitsministeriums, die dahin geht, wenn der Landeshauptmann eines bestimmten Bundeslandes mit der Standortauswahl nicht einverstanden ist, also sein Veto da ist, kann diese Endlagerungsstätte nicht gewählt werden.

Landeshauptmann Maurer: Ja, das wird dann im Anschluss das Bewilligungsverfahren ergeben. Aber zuerst muss ja die Stelle bezeichnet werden, wo soll Atommüll gelagert werden, und im Anschluss daran wird natürlich auch ein maßgeblicher Faktor sein, das hat sich ja auch bei einem Gespräch mit dem Bundeskanzler Kreisky ergeben, dass ohne der Zustimmung der Bevölkerung oder gegen den Willen der Bevölkerung eine solche Lagerung ja überhaupt nicht vorgenommen werden kann.

Eugen Freund: Also geologische Gutachten alleine genügen Ihnen nicht.

Landeshauptmann Maurer: Hier möchte ich klar sagen, nur geologische Gutachten allein würden, reichen für mich überhaupt nicht aus, weil auch diese geologischen Gutachten, die derzeit vorliegen sehr bezweifelt werden. Derzeit reagiert die Bevölkerung auf ein solches Problem negativ, und dem muss ich mich anschließen.

Eugen Freund: Also Sie haben offenbar persönlich kein Interesse daran, dass sich die Einstellung der Bevölkerung ändert.

Landeshauptmann Maurer: Das hab ich damit nicht gesagt, das ist von der Bevölkerung abhängig oder von dem Gefühl der Bevölkerung, ob sie sich sicher fühlt oder nicht. Es hat sich ja ein Landeshauptmann beworben um den Atommüll, Landeshauptmann Kery, er hat jetzt widerrufen, aber er hat gesagt, er hätte nichts dagegen, wenn hinter seinem Haus, angeblich hat er das gesagt, hinter seinem Haus Atommüll gelagert würde. Neben allen finanziellen Verlusten, die hinzunehmen sind, hat die Sicherheit Vorrang. Wenn sie gelöst ist, dann werden auch die anderen Probleme gelöst werden können.“⁴⁹

⁴⁹ JM-770610

Eine Aussprache zwischen Waldviertler Bürgermeistern und Bundeskanzler Kreisky, welche am 5. Juli 1977 nach dem Ministerrat im Bundeskanzleramt stattfand, war vielleicht als letzte Möglichkeit zur Rettung des Atommüllendlagerstandortes Allentsteig geplant gewesen. Die bereits bekannte Opposition gegen das Vorhaben sollte durch Förderungsangebote und finanzielle Zuwendungen an die Region ausgeschaltet werden. Dieses Ansinnen wurde bereits im Vorfeld des Treffens vom Zwettler Bürgermeister und von Landeshauptmann Maurer kritisiert. Das Ergebnis des Treffens ließ aber keinerlei Zweifel an der völlig ablehnenden Haltung im Waldviertel gegen das Projekt offen.

Die Menschen im Waldviertel, welche lange Zeit wie in einem vergessenen Teil der Republik gelebt hatten, konnten sich nicht des Eindrucks erwehren, dass sie auf die Förderungen, welche ihnen versprochen wurden, eigentlich auch ohne Atommüll Anspruch gehabt hätten.

Viele Menschen im Waldviertel, aber auch deren politische Vertreter, sahen in der Herstellung eines Junktims – hier die Zusage zur Aufnahme des Atommülls und da die ohnehin notwendigen Entwicklungsmaßnahmen – eine Zumutung. Der Landtagsabgeordnete Romeder bezeichnete den Versuch, die Zustimmung für einen Milliarde Schilling an Förderungen zu bekommen, als Erpressung gegen die guten Sitten, da das Waldviertel als einkommensschwächste Region Österreichs Förderungen grundsätzlich und ohne solche Bedingungen verdienen würde.⁵⁰

Bundeskanzler Kreisky trat nach dieser für ihn sicherlich enttäuschenden Aussprache vor die wartenden Journalisten. Unter diesen befanden sich auch Eugen Freund und Johannes Fischer, die, wie so oft auch an diesem Tag, für das Ö1-Mittagsjournal live aus dem Bundeskanzleramt nach dem Ministerrat berichteten. Der Bundeskanzler bekräftigte seine Aussage, dass es ohne Klärung der Endlagerfrage keine Inbetriebnahme von Zwentendorf geben könne:

„Im Interesse der Regierung ist es, wenn es also zur Inbetriebnahme von Zwentendorf kommt, dass die Müllablagerungsfrage gelöst ist, weil ohne die gibt es keine Ingangsetzung. Wenn man das nicht kann, so kann man's nicht. Dann kann auch Zwentendorf nicht in Gang gesetzt werden. Dann wiederhole ich noch einmal, Eigentümer dieser Gesellschaft sind die sieben Landesgesellschaften, die Verbundgesellschaft. Diese werden die Kosten zu tragen haben. Na selbstverständlich, das ist eine Milliarde im Jahr.“⁵¹

⁵⁰ Tollmann. S. 71

⁵¹ JM-770705

In seinen weiteren Ausführungen gab der Bundeskanzler die Schuld für das nicht zustande kommen einer Lösung in der Entsorgungsfrage den Landeselektrizitätsgesellschaften und der ÖVP-Alleinregierung Klaus, welche zwar allesamt, so Kreisky, das Atomkraftwerk haben wollten, sich aber keine Gedanken über den Atommüll gemacht hatten. Johannes Fischer erwähnt in seiner Kommentierung der Aussagen des Bundeskanzlers, dass auch die SPÖ die Errichtung von drei Atomkraftwerken in ihrem, zu diesem Zeitpunkt sehr wohl noch gültigen, Energieplan stehen hatte.⁵²

Aufkommende Überlegungen, den Standort des Atommüllendlagers nach Oberösterreich, konkret in den Sauwald, zu verlegen, wurden umgehend vom oberösterreichischen Landeshauptmann Ratzenböck am 2. Jänner 1978 abgelehnt.⁵³ Wie sensibel, heikel, ja eigentlich beinahe schon hysterisch die Frage nach der Endlagerung des Atommülls behandelt wurde, ist am Fakt zu erkennen, dass Landeshauptmann Ratzenböck eigentlich auf Gerüchte reagierte, denn von offizieller Seite war niemand an ihn herangetreten. Vielleicht waren es tatsächlich einfach nur Gerüchte, aber manchmal dient die Ausstreuung von Gerüchten auch der Sondierung der Lage und die Zeit drängte, um diese brisante Frage endlich zu erledigen.

Beim Ministerrat vom 24. Jänner 1978 ging der Bundeskanzler auf die Frage nach der Möglichkeit der Atommülllagerung im Ausland ein, sprach sich aber grundsätzlich wiederum für die Möglichkeit der Endlagerung in Österreich aus:

„Diese Mentalität des heiligen St. Florian, dass man andere Häuser anzünden soll und das eigene vor Brandgefahr bewahren soll, das nimmt uns ja keiner ab, das ist ja nicht so einfach. Man soll ins Ausland gehen, das ist so die Kirchturmmentalität mancher Herren, die haben's ja dann auch probiert und haben gesehen, welche Abfuhr sie im unmittelbaren Ausland gefunden haben, so einfach ist das ja nicht. Niemals hat die Bundesregierung erklärt, es darf nicht in Österreich sein. Es muss eine geeignete Lagerstätte gefunden werden.“⁵⁴

Der Bundeskanzler vertrat den Standpunkt, dass die Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H (GKT) für die Auswahl des Standortes eines Endlagers zuständig sei, die Behörden müssten die Bewilligungen erteilen oder verweigern, gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung könnte es aber keine Endlagerung geben. Die endgültige Entscheidung, wenn alle Fragen geklärt wären, ob Zwentendorf ans Netz gehen sollte, lag

⁵² JM-770705

⁵³ JM-780123

⁵⁴ JM-780124

für Kreisky beim Parlament.⁵⁵ Der Kanzler hoffte dabei auf eine Lösung gemeinsam mit der Opposition, zumindest mit der ÖVP, denn die FPÖ hatte ihre Ablehnung der Kernenergiepläne der Regierung seit 1972 nicht geändert. Die Einigkeit der Sozialpartner in der Frage der Kernenergie ließen die Hoffnungen von Kreisky als nicht völlig illusorisch erscheinen. Auch war es schließlich eine ÖVP-Alleinregierung, welche die Vorarbeiten des jetzigen Kraftwerksprojektes geleistet hatte. Doch unterschätzte der Bundeskanzler letztlich die politische Dynamik der Frage. In den 60er-Jahren wäre es noch eine Entscheidung von Technokraten gewesen, welche von der Regierung ihren Segen erhalten hätte. Nun war eine Diskussion in der gesamten Bevölkerung im Gange und die Opposition, konkret der ÖVP-Obmann Josef Taus, sah immer mehr seine Chance der Profilierung gegenüber der übermächtig erscheinenden Figur des Kanzlers.

Die Lieferung der Brennstäbe nach Zwentendorf am 18. Jänner 1978, ohne vorherige Erteilung einer Betriebsgenehmigung, ohne vorherigen endgültigen Parlamentsbeschluss über die Inbetriebnahme des Reaktors und ohne vorherige Klärung der Frage nach der Endlagerung eben der ausgebrannten Nuklearelemente, hinterließ bei sehr vielen Österreichern einen schalen Geschmack. Es war der Eindruck einer Nacht- und Nebel-Aktion nicht völlig von der Hand zu weisen, als die wertvolle und entscheidende Fracht unter Stillschweigen von Seiten der Regierung in Österreich ankam und mit Hubschraubern des Bundesheeres ins Kraftwerk gebracht wurde. Auch wenn die Betreiber nie vorgehabt haben sollten, den Reaktor ohne Genehmigung hochzufahren, kam der Verdacht dennoch auf. Dadurch wären unumkehrbar Tatsachen geschaffen worden, nämlich eine Verstrahlung des eigentlichen Reaktorbereiches. Was aber noch schlimmer war, die Bundesregierung wurde vom Verdacht getroffen, solch ein Vorgehen gedeckt und stillschweigend gutgeheißen zu haben. Im Mittagsjournal vom 18. Jänner 1978 wurde über die Anlieferung der Brennstäbe vom Flughafen Linz-Hörsching und aus Zwentendorf berichtet.⁵⁶ Im selben Mittagsjournal wurde in einem weiteren Beitrag über die Wiederaufbereitung von Atommüll und dann noch, quasi als „die Faust auf’s Auge“ der Regierung, über die Verträge mit Frankreich zur Wiederaufarbeitung der verbrauchten Brennstäbe, oder besser gesagt, über das nicht Vorhandensein solcher Verträge, berichtet. Ilse Vögel war die Moderatorin an diesem Tag und Herbert Hutar gestaltete den Beitrag:

„Ilse Vögel: Eine ebenfalls immer wieder zitierte Voraussetzung für die Inbetriebnahme von Zwentendorf ist die Frage, was mit den Brennelementen nach ihrer Benützung im Kernreaktor geschehen soll. Im Regierungsbericht über

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ JM-780118

die Kernenergie steht wörtlich: ‚Es erscheint undenkbar, an sich korrekte Einzeleinrichtungen zur Grundlage einer Betriebsgenehmigung zu machen, solange nicht die Kette der Entsorgungsmaßnahmen bis zur Endlagerung geschlossen, oder als geschlossen anzusehen ist.‘ Zitat Ende. Das heißt, wenn ein ausgebranntes Brennelement den Reaktor verlässt, muss bis ins Detail sicher gestellt sein, was mit diesem Element beziehungsweise mit dem chemischen Bestandteil des Brennstoffs zu geschehen hat: von der chemischen Wiederaufbereitung bis hin zum geologischen Endlager, für den in der Wiederaufbereitungsanlage entstehenden hochaktiven Atommüll. Im Großen und Ganzen sind aber die Verträge zu diesem Thema bisher Stückwerk geblieben. Einzelheiten von Herbert Hutar.

Herbert Hutar: Wird ein ausgebranntes Brennelement aus einem Kernkraftwerk entfernt, so hat sich der Uranbrennstoff während der Benützung im Reaktor wesentlich verändert. Ein Teil des Urans ist geblieben, ferner bildete sich Plutonium und überdies eine geringe Menge radioaktiver Abfall. Nach einer Lagerzeit von einigen Jahren im Reaktorgebäude selbst, klingt zunächst einmal im Wasserbecken ein Teil der Strahlung ab. Dann kann mit diesem Element grundsätzlich zweierlei geschehen. Man kann es als Ganzes als Abfall betrachten, zusammenbiegen, in Stahlbeton oder Aluminiumbehälter einschließen und irgendwo im Erdboden versenken. Mit dieser Methode haben die Schweden in letzter Zeit im Experiment große Erfolge erzielt. Bei dieser Methode geht aber das restliche Uran ebenso verloren wie das Plutonium, aber Uran und Plutonium wegzuerwerfen, hieß Geld wegzuerwerfen. Von Anfang an hat man sich daher darauf konzentriert, die ausgebrannten Brennelemente wieder aufzuarbeiten. Dies passiert in Wiederaufarbeitungsanlagen, die nichts anderes sind als große chemische Fabriken. Allerdings solche Fabriken, in denen jeder Arbeiter seinen Arbeitsplatz in Minutenschnelle bei einem Unfall verlassen können muss. In einer Wiederaufarbeitungsanlage werden die Brennelemente zerhackt und chemisch in die Bestandteile Uran, Plutonium und Atommüll aufgeteilt. Uran und Plutonium können ja wieder zu Kernbrennstoff verarbeitet werden. Die Endlagerung von Atommüll, in Zwentendorf wenige Kubikmeter pro Jahr, ist noch nicht gesichert. Die Wiederaufbereitungsverträge für das Kernkraftwerk Zwentendorf liegen aber fix und fertig in den Schubladen, sie sollen nächste Woche paraphiert werden. Von einer definitiven Wiederaufarbeitung bei der französischen Gesellschaft Cochemar ist man trotzdem noch weit. Denn die Franzosen verlangen eine Zusage der österreichischen Bundesregierung, dass sie den Atommüll wieder zurück nimmt.

Die Österreicher können dann den Atommüll im Inland oder irgendwo im Ausland in der Erde vergraben. Sektionschef Frank vom Handelsministerium steht auf dem Standpunkt, dass ein vom Gesundheitsministerium genehmigtes Endlager von der GKWT präsentiert werden müsse, dann erst könne man den Franzosen die Rücknahme zusichern. Tatsächlich ist man aber von der Genehmigung eines geologischen Endlagers noch weit entfernt. Nach massiven Protesten der Bevölkerung um den Truppenübungsplatz Allentsteig ist es um eine praktische Lösung dieses Problems auf österreichischem Territorium wieder sehr ruhig geworden. Die konkreten Pläne, die schon ein Jahr lang fertig vorliegen, werden aber als Standort neutral bezeichnet. Doch im Regierungsbericht zur Kernenergie steht wörtlich: ‚Eine Lösung ist nur ein, auf einen konkreten Standort bezogenes Projekt.‘ Um den konkreten Standort wird aber noch im Anfangsstadium verhandelt. Erst Schritte in diese Richtung wurden erst im Herbst vergangenen Jahres anlässlich eines Besuches von Wissenschaftsministerin Firnberg in Persien unternommen. Inzwischen sind österreichische Geologen im Reich des Schah unterwegs, um einen geeigneten Platz zu finden. Das Angebot der Perser hat vor allem den Zweck, aus dem kargen Wüstenboden auf irgendeine Weise Geld herauszuholen und seien es Lagergebühren für Atommüll. Immerhin, persische Nukleartechniker werden bereits in Seibersdorf ausgebildet. Auch die Vereinigten Staaten haben sich bereit erklärt, Österreich bei der Frage des Atommülls zu helfen. Allerdings sind die USA Gegner der Wiederaufarbeitung, sie würden, wenn überhaupt, nur die ausgebrannten nicht chemisch behandelten Brennelemente übernehmen. Zurück nach Frankreich, zur Wiederaufarbeitungsgesellschaft Cochemar: Die Anlage dieser Gesellschaft gibt es noch nicht, Österreich müsste sich mit wesentlich mehr als 100 Millionen Schilling am Bau beteiligen. Der Anteil Zwentendorfs an diesem Projekt, mit 20 Tonnen pro Jahr abgebrannten Brennstoffs wären das nicht einmal 4%. Aber auch aus einem anderen Grund nützen die unterschriftsreifen Verträge zwischen Österreich und der französischen Gesellschaft noch recht wenig. Österreich bezog für das Kernkraftwerk Zwentendorf das angereicherte Uran aus den Vereinigten Staaten. Uran, das dann in Deutschland zu den Brennelementen verarbeitet wurde. Der Uranliefervertrag zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten sieht aber vor, dass der Uranlieferant jeden Schritt des von ihm stammenden spaltbaren Materials kontrollieren muss. Dies entspricht den Gepflogenheiten des Atomsperrvertrages mit der IAEO, und die Amerikaner haben eine Lieferung ausgebrannter Brennelemente zu Cochemar, nach Frankreich, noch nicht

genehmigt. Dies bestätigte Sektionschef Frank im Handelsministerium. Da aber Präsident Carter sich seit seinem Amtsantritt gegen eine Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus Kernkraftwerken ganz massiv ausgesprochen hat, dürfte es fraglich sein, ob die amerikanische Atomenergiebehörde einer Lieferung nach Frankreich in nächster Zeit zustimmen wird. Damit ist vorläufig nicht nur die Frage der Endlagerung offen, sondern auch ungewiss, ob Österreich seine ausgebrannten Brennelemente überhaupt aufarbeiten lassen darf.“⁵⁷

In der Frage der Atommülllagerung ließ eine Wortmeldung eines Bürgermeisters einer kleinen Gemeinde aus dem Weinviertel aufhorchen, welche die Diskussion zusätzlich anheizte. Der Bürgermeister von Alberndorf, Friedrich Zottl, bot seine Gemeinde, nach einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss, als Standort für ein Zwischenlager an. In einem Interview für das Ö1-Mittagsjournal wurde er von Klaus Wohlschak dazu befragt:

„Klaus Wohlschak: Herr Bürgermeister Zottel, was haben Sie denn mit den Vertretern der GKT⁵⁸ und damit auch mit dem Handelsminister wirklich ausgemacht?

Bürgermeister Zottl: Wir haben folgendes ausgemacht, dass wir Gespräche führen über die Möglichkeit der Errichtung eines Zwischenlagers für abgebrannte Elemente aus dem Kernkraftwerk Tullnerfeld, wenn dieses in Betrieb genommen werden würde, und nur Gespräche, die dann weiterzuführen sind, wenn der Gemeinderat damit einverstanden ist, wenn die Bevölkerung des Dorfes und der umliegenden Ortschaften und der Region einverstanden ist, und das ist in einem kleinen Kommuniqué festgehalten.

Klaus Wohlschak: Herr Bürgermeister Zottl, jetzt hat vor wenigen Minuten die Gemeinderatssitzung in Alberndorf begonnen, Sie haben ja die Mehrheit der Mandatare hinter sich, ist also zu erwarten, dass man Sie desavouieren wird oder scheint es nicht eher so, dass Ihre Äußerung jetzt formell nachvollzogen wird.

Bürgermeister Zottl: Das, was der Gemeinderat entscheidet, das nehme ich sehr gerne zur Kenntnis. So wie die Dinge jetzt gespielt werden mit uns in ganz Österreich muss ich natürlich sagen, dass wir uns auf gar keinen Fall als Opferlamm schlachten lassen.

Klaus Wohlschak: Wer verlangt das?

⁵⁷ JM-780118

⁵⁸ Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H (GKT)

Bürgermeister Zottl: Ja, äh, das wird, äh, rundherum sind Demonstrationen gegen Alberndorf, und es sind Einladungen ergangen an die Bürgermeister des Bezirkes, nicht an mich, und die bereden etwas, was sie sicher nicht wissen und handeln sicher nach Fehlinformationen.

Klaus Wohlschak: Heißt das, dass Sie jetzt politisch gesehen kalte Füße bekommen und sich zurückziehen aus der Sache?

Bürgermeister Zottl: Das kann ich net amal sagen, die kalten Füße sind für mich nicht entscheidend. Hier ist entscheidend, was der Gemeinderat selber sagt und was die Bevölkerung erklärt und das, was wir ertragen können.

Klaus Wohlschak: Aber Ihre Liste hat die Mehrheit im Gemeinderat?

Bürgermeister Zottl: Ja. Wir haben alle Mandate im Gemeinderat und es hat bei uns jeder jede Freiheit, egal welchen persönlichen Partei-, welche persönliche Parteifarbe er spielen mag.

Klaus Wohlschak: Aber ich nehme an, dass Ihr Schritt kein Alleingang war, dass Sie vorher Kontakte gepflogen haben mit Ihren Kollegen im Gemeinderat.

Bürgermeister Zottl: Ja selbstverständlich. Nachdem uns bekannt war, dass mit uns darüber sprechen will, habe ich dem Gemeinderat das vorgelegt und habe gesagt: ‚Richtig, diese Institutionen wollen über die Lagerung mit uns sprechen, hören wir uns das an, ein Gespräch ist gestattet.‘

Klaus Wohlschak: Sie hatten im Zusammenhang mit der nun aufgehobnen Zwangszusammenlegung Alberndorfs mit Haugsdorf, große Schwierigkeiten mit der Landes-ÖVP und sind aber noch immer ÖVP-Ortsobmann.⁵⁹ Erwarten Sie von der Partei unter Druck gesetzt zu werden. Halten Sie dies für möglich oder schließen Sie es aus?

Bürgermeister Zottl: Ich muss Ihnen sagen, dass es bezüglich dieser Dinge keinen Druckmesser gibt. Wahrscheinlich wäre er schon zerplatzt, wenn es einen geben würde.“⁶⁰

Am 28. Jänner 1978 widmete der ORF beinahe ein ganzes Ö1-Mittagsjournal der Frage der Atommülllagerung in Österreich, dem Stand der Diskussion darüber in der Presse und der unterschiedlichen Lagermethoden im Ausland. Sieben von zehn Beiträgen beschäftigten sich mit dem Thema; man kann also mit vollem Recht von einer Schwerpunktsendung sprechen. Daran lässt sich aber auch der Stellenwert und die Bedeutung, welche die Diskussion rund um die friedliche Nutzung der Atomenergie mittlerweile in der Öffentlichkeit eingenommen

⁵⁹ Bürgermeister Zottl hatte erst im Juni 1977 einen Rechtsstreit über die zwangsweise Gemeindegemeinschaft von Alberndorf mit Haugsdorf bis vor den Verfassungsgerichtshof ausgefochten und gewonnen. Auch dazu war er für das Ö1-Mittagsjournal interviewt worden. JM-770630

⁶⁰ JM-780127

hatte, erkennen, denn es war in der damaligen Berichterstattung keineswegs so, dass ein x-beliebiges Thema ewig in die Länge und Breite ausgewalzt wurde.

Das Angebot von Bürgermeister Zottel im Weinviertel, dass die Gemeinde Alberndorf als Standort für ein Zwischenlager zur Verfügung stehen würde, hatte für eine Menge Aufmerksamkeit gesorgt, auch wenn nach 24 Stunden alles wieder ganz anders war. Der Druck, von dem Bürgermeister Zottl sprach und der in Teilen seiner Antworten auch regelrecht zu spüren war, dürfte innerhalb kurzer Zeit für ihn zuviel geworden sein. Er zog sein Angebot zurück.

So hatte der Vorschlag des streitbaren Bürgermeisters aus dem Weinviertel letztendlich nur ein gesteigertes mediales Interesse, heute würde man von einem „Hype“ sprechen, an einer der wichtigsten und vor allem völlig ungeklärten Frage der Atomdiskussion hervorgerufen.

Dreh- und Angelpunkt der Diskussion war und blieb die Versicherung des Bundeskanzlers, dass der Reaktor in Zwentendorf nicht in Betrieb gehen werde, solange die Frage der Endlagerung des radioaktiven Abfalls nicht geklärt wäre. Aus strategischer Sicht der Atomkraftbefürworter war dies letztlich ein schwerer Fehler des Kanzlers, denn den Gegnern von Zwentendorf wurde so das beste Argument gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerkes geliefert.

Eröffnet wurde der Beitragsreigen mit einer Reportage, den aktuellen Stand der Diskussion betreffend, über die Atommülllagerung in Österreich von Eugen Freund. Eugen Freund fasste die Diskussion und die Situation in Österreich wie folgt zusammen:

„Inland oder Ausland, zwischen diesen beiden Polen pendelt in Österreich die Frage, wo der im Reaktor Zwentendorf anfallende radioaktive Abfall gelagert werden soll. Durch die jüngste Diskussion über eine mögliche Zwischenlagerung im Weinviertel ist die Tatsache etwas in den Hintergrund gedrängt worden, dass schon einmal ein Gebiet nahe daran war, als Endlagerstelle für Atommüll ausgewählt zu werden. Im Juni vergangenen Jahres wurde nämlich bekannt, wie fast immer in derartigen Fällen nicht durch die betreibenden Gesellschaften sondern durch Bürgerinitiativen, dass auf dem Gebiet des Truppenübungsplatzes Allentsteig Probebohrungen durchgeführt werden zu dem Zweck, das Gestein auf seine Konsistenz für das geplante Vorhaben zu prüfen. Übrigens, die Bohrungen wurden auch zur Überraschung der zuständigen Baubehörde, in diesem Fall des Bürgermeisters, durchgeführt, weil dieser nämlich über Eingriffe auf dem Truppenübungsplatz, die nicht

militärische Ziele verfolgen, informiert hätte werden müssen. Eine Aussprache der Bürgermeister des Waldviertels mit Bundeskanzler Kreisky, Anfang Juli vergangenen Jahres, ließ dieses Gebiet als Lagerstätte für Atommüll zumindest vorläufig ausscheiden. Im Verlauf der anschließenden Diskussion wurde nun der Eindruck verstärkt, die Regierung bemühe sich, den Müll im Ausland unterzubringen. Im Herbst 1977 besuchte Wissenschaftsministerin Frau Firnberg den Iran, wobei sie nach ihrer Rückkehr mitteilte, Schah Reza Pahlavi habe sich bereit erklärt, Gespräche über eine mögliche Lagerung radioaktiven Abfalls aus Österreich in seinem Land mit österreichischen Experten führen zu wollen. Seit damals ist jedoch über ein konkretes Ergebnis nichts mehr bekannt gegeben worden. Erst vor einigen Tagen überraschte nun Bundeskanzler Kreisky mit der Mitteilung, Österreich sei als Lagerstätte noch nicht ausgeschieden. Offenbar war an Kreisky schon jenes Angebot des nun berühmt gewordenen Bürgermeisters Zottel aus Alberndorf herangetragen worden, der in den vergangenen drei Tagen die Atommülllagerung oder zumindest die Diskussion darüber neuerlich in Gang brachte. Doch die Gesprächsbereitschaft dieses Ortes, nahe der tschechoslowakischen Grenze, währte nur 24 Stunden, unter dem massiven Druck, unter anderem auch von anonymen Telefonanrufern, wurde diese Gesprächsbereitschaft, zumindest vorläufig, wieder zurückgezogen. Von „Alberndorf will Atommüll“ ist also im Moment nur die Schlagzeile geblieben. Die Suche nach geeigneten, im wahrsten Sinne des Wortes geeigneten, Orten geht unterdessen weiter. Was bleibt, sind ein paar Fakten. Es gibt derzeit wohl ein technisches Projekt eines Zwischenlagers für abgebrannte radioaktive Brennelemente, Größe, Umfang, technische Ausstattung usw. sind bekannt, nur wo dieser Komplex hingestellt werden soll, ist weiterhin offen. Es gibt derzeit, wenn man Andeutungen Glauben schenken darf, wohl Verhandlungen mit anderen Staaten über eine Wiederaufbereitung verbrauchter Brennelemente, doch bestehen diese Staaten darauf, dass jener Teil, der als unbrauchbar aber gefährlich übrig bleibt, an den jeweiligen Absender, in diesem Fall also Österreich, zurück gestellt wird. Es gibt überdies immer noch den Regierungsbericht über die Kernenergie, der wörtlich festhält, dass die Endsorgungskette bis zur Endlagerung, Alberndorf wäre nur ein Zwischenlager, geschlossen oder als geschlossen anzusehen ist.“⁶¹

⁶¹ JM-780128

Nach der Inlandspresseschau, welche sich ausschließlich mit der Atomdiskussion in Österreich befasste, folgte ein Schwerpunkt über die verschiedenen Arten der Zwischen- und Endlagerung von Atommüll im Ausland. In weiteren fünf Beiträgen wurde von Jürgen Kvar über Endlagerung von Atommüll in den Vereinigten Staaten, von Erhard Hutter über Vorgehensweise in der UdSSR, von Klaus Emmerich über Methoden, dieses Problem zu lösen, in der BRD, von Thomas Fuhrmann über die Endlagerung in Frankreich und von Günther Graffenberger über die Praxis in Schweden berichtet.⁶²

Doch gab es eben neben der Möglichkeit eines Endlagers in Österreich auch Überlegungen über eine Verschiebung des Problems ins Ausland. Der Iran und danach Ägypten spielten bei diesen Plänen eine zentrale Rolle. Im März 1977 hatte der Schah von Persien mit dem Angebot der Atommülllagerung in seinem Land aufhören lassen. Die nun aufkeimende Hoffnung, das Problem der Entsorgung auf diesem Weg lösen zu können, wurde aber bald gedämpft, als es an konkrete Verhandlungen ging. Weder eine Reise in den Iran von Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg noch Verhandlungen der GKT mit den iranischen Regierungsstellen brachten ein konkretes Vertragswerk zustande.⁶³ Das Hauptproblem, neben der nicht unwichtigen Frage nach dem notwendigen Einverständnis der USA, war, dass der Iran ein Zwischenlager anbot, und Österreich ein Endlager brauchte. Von Seiten Österreichs wurden die Verhandlungen aber weiter geführt, bis im August 1978 die iranische Zeitung „Kayhan“ bekannt gab, dass die iranische Regierung die Pläne fallen gelassen hätte. Von offizieller Seite erfolgte dazu allerdings kein Kommentar.⁶⁴

Einem aufmerksamen Beobachter waren aber die immer mehr zunehmenden innenpolitischen Schwierigkeiten des Schah-Regimes nicht verborgen geblieben. Weniger als viereinhalb Monate sollten vergehen, bis die islamische Revolution die alte Ordnung im Iran wegriss. Am 16. Jänner 1979 verließ der Schah das Land und am 1. Februar 1979 kehrte Khomeini im Triumph aus dem Pariser Exil nach Teheran zurück.⁶⁵

Eine End- oder auch nur eine Zwischenlagerung im Iran wäre also nicht nur wegen der enormen Transportprobleme und der nicht unerheblichen Kosten eine unsichere Angelegenheit gewesen. Zusätzlich wäre auch noch das Einverständnis der Vereinigten Staaten notwendig gewesen. Diese hatten sich als Lieferant der Brennstäbe das Recht vorbehalten, dass es keine Wiederaufbereitung oder Endlagerung ohne ihre Zustimmung geben konnte.

⁶² Ebd.

⁶³ JM-771022

⁶⁴ Zemanek, S. 34 f.

⁶⁵ Bierling, Stephan. Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart. München 2003. S. 170

Das nächste Projekt für ein Atommüllendlager im Ausland war schon alleine wegen der Verweigerung des amerikanischen Kongresses zur Endlagerung in einem Drittland von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ägypten machte ab dem Sommer 1978 wiederholt Angebote, österreichischen Atommüll auch in ein Endlager zu übernehmen. Die Kosten wären nicht unerheblich gewesen, vier Milliarden Schillinge wurden genannt, und auch die Stimmung in Ägypten selbst war nicht sehr positiv, was die Errichtung eines Atommüllendlagers für ausländischen Atommüll betraf. Aber alle Bemühungen, die schließlich nach der Volksabstimmung endgültig eingestellt wurden, waren zwecklos ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten.⁶⁶

Es ist schwer, ja geradezu unmöglich, den Zeitpunkt festzulegen, ab dem der öffentliche Druck der Atomgegner so groß wurde, dass die Bundesregierung von ihrem klaren Pro-Atom-Kurs auf den Kurs einschwenkte, der letztlich zur Volksabstimmung führte. Der Wandel in der öffentlichen Meinung, oder besser gesagt, die Bildung eines öffentlichen Bewusstseins für die Gefahren der Atomenergie, ging in Österreich sehr rasch vor sich. 1976 war in keinem der Beiträge aus den Ö1-Journalsendungen ernsthaft von einer Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf die Rede, 1977 und 1978 sah die Sache schon gänzlich anders aus. Einer der Gründe dafür, wenn nicht der Hauptgrund, war die ungelöste Frage der Endlagerung.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war sicherlich die zunehmende internationale Polarisierung in der Diskussion um das pro und contra des Atomstromes. Belgien, Schweden, die Schweiz und die BRD lieferten Beispiele für eine neue Umgangsweise mit Fragen, welche noch in den 60er-Jahren nicht als problematisch oder als von der Technik zu lösend betrachtet wurden. In Belgien sprach sich der Dachverband der Umweltschützer gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie aus. Belgien spielte dabei eine wichtige Rolle, als eines der Kernländer der EG. Die Pläne aus Brüssel, welche einen weiteren Ausbau des Anteiles der Kernenergie innerhalb der Gemeinschaft vorsahen - so war die Errichtung von über 100 weiteren Reaktoren geplant - stießen auf Widerstand.⁶⁷

In Deutschland, dem Land mit den heftigsten und handgreiflichsten Auseinandersetzungen zwischen Atomgegnern und der Polizei, wurde am 14. März 1977 ein Bauverbot für das Atomkraftwerk Wyl verhängt. Das Verbot erging gegen den heftigen Widerstand der deutschen Bundesregierung, der Gewerkschaft und der mächtigen deutschen Atomindustrie.⁶⁸

Auch darin konnten die österreichischen Atomgegner eine Ermutigung sehen, denn wenn ein Gericht ein Bauverbot gegen ein solches Großprojekt verhängen konnte, dann war der

⁶⁶ Zemanek. S. 97 ff.

⁶⁷ JM-770114

⁶⁸ JM-770314

Widerstand also nicht zwecklos. Schweden kam als nächstes Land in der Reihe der Antiatomentscheidungen des Jahres 1977. Das schwedische Parlament verabschiedete am 14. April 1977 das so genannte „Bedingungsgesetz“, die bürgerliche Regierung Fälldin löste damit ein Versprechen des Wahlkampfes ein, den weiteren Ausbau der Kernkraft in Schweden zu unterbinden.⁶⁹

Ein weiteres Argument für die Gegner des Atomstromes in Österreich, denn: Wenn in Schweden ein Ausstieg, oder zumindest kein weiterer Ausbau der Kernkraft möglich war, ohne dass die Lichter ausgingen, warum sollten sie dann in Österreich ohne Atomstrom verlöschen? Die Volksabstimmung in der Schweiz über den Bau eines Kernkraftwerks in der Nähe von Basel brachte ein „Nein“ der Wähler zu dem umstrittenen Bauvorhaben. Also waren auch die für ihre Vernunft und ihr wirtschaftliches Denken bekannten Schweizer nicht vorbehaltlos von der Atomenergie begeistert.⁷⁰

Im Juli gab es den nächsten Tiefschlag für die Atomindustrie und die Befürworter von Atomstrom. In der BRD stellte ein Verwaltungsrichter die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit von Bescheiden für den Bau eines Atomkraftwerkes. Doch diesmal war es nicht irgendein Reaktor, nein, es ging um die neueste und modernste Technologie, einen „Schnellen Brüter“, den Hoffnungsträger vieler Energieexperten und der Atomindustrie in Europa. Klaus Emmerich berichtete darüber in seiner Reportage für das Ö1-Mittagsjournal vom 26. Juli 1977:

„Wie schwer es die modernste Technik unserer Zeit, die Atomtechnik, mit der Politik, der Verwaltung, den Gerichten und der Öffentlichkeit hat, und wie schwer sich Politiker, Beamte, Richter und Bürger mit diesem technischen Fortschritt und seinen Gefahrenquellen tun, zeigt die atomare Nachrichtenlage allein dieses Mittags. Über die modernste Kernforschungsanlage, die die Europäer von den Rohstoffen Uran und Erdöl im nächsten Jahrtausend unabhängiger machen könnte, streiten sich die neun Außenminister der Europäischen Gemeinschaft ein weiteres Mal in Brüssel. Genauer gesagt, es geht um den Standort für das Großobjekt „Joint European Torus“, abgekürzt „JET“, das die Engländer in Culham bei Oxford errichtet sehen möchten und die Westdeutschen in Garching bei München. Diese so genannte Fusionsforschung auszuprobieren, will sich die Europäische Gemeinschaft den Gegenwert von ungerechnet 7 Milliarden Schilling in den nächsten Jahren kosten lassen, wobei die wichtigsten Fusionsvorgänge überhaupt erst experimentell entwickelt und unter verlässliche

⁶⁹ JM-770415

⁷⁰ JM-770610, JM-770613

Kontrolle gebracht werden müssen. Und ob dies mit diesem „JET“ überhaupt gelingt, was sich die Wissenschaftler vorstellen, ist derzeit zumindest offen. Nämlich ein heißes, immer heißeres Gas, mit starken und immer stärkeren Magnetfeldern zu vereinen und dies in der Absicht, dass die leichteren Atomkerne des Plasmas miteinander zu verschmelzen sind. Die Hoffnung besteht nun im Einzelnen darin, dass auch bei dieser Verschmelzung Energie gewonnen und auch kontrolliert verwertet werden kann. Dieses Jet-Verfahren könnte dazu führen, die Uranvorräte der Welt besser und technisch wirtschaftlicher auszunützen, also zu strecken, ohne ganz neue Atomtechnologien anzuwenden, wie etwa jene des sogenannten „Schnellen Brüters“. Der Zufall des Kalenders will es, dass dieser physikalisch schon seit dem Jahr 1940 bekannte Reaktortyp, ebenfalls heute wieder in das Schussfeld gerät. Es geht um einen westdeutschen Prototyp, SNR-300, der in Kalkar am Niederrhein gegenwärtig gebaut wird und nach Inbetriebnahme natürliches Uran sechzigmal besser ausnützen soll als die herkömmlichen Reaktoren nach dem so genannten Leichtwasser-Prinzip. Wie so oft in der bundesrepublikanischen Atomdiskussion sind es nun die Richter, die in die Auseinandersetzung um diese modernste Technik eingreifen. Der vorsitzende Richter des 7. Senats beim Oberverwaltungsgericht in Münster in Westfalen wirft in einem Brief die offensichtlich brisante Frage auf, ob die Genehmigungsbescheide durch Regierungen für den Bau des Reaktortyps „Schneller Brüter“ generell verfassungswidrig waren oder sind. Dass es sich hier tatsächlich um eine energiepolitische Bombe handeln kann, zeigt die Sofortreaktion des Bonner Forschungsministers Hans Matthöfer. Er meint heute in einer ganzen Serie von Interviews, die Einschaltung der Parlamente in die Genehmigung von Atomanlagen, die die Münsteraner Richter anregen, könne für alle Beteiligten und Verantwortlichen nur nützlich sein, da dadurch die Volksvertretung mit dem Volk, die Parteiführungen mit ihrer Basis und die Verwaltungen mit ihren Bürgern in einen engeren und vor allem verdeutlichenderen Kontakt treten können. In Bonn erläutert man, dass es um die Grundsatzfrage gehe, ob beim Erlass des geltenden westdeutschen Atomgesetzes „Schnelle Brüter“ und andere modernste Technologie bedacht wurden und werden konnten. In Westdeutschland wird nicht ausgeschlossen, dass neue Reaktoren in Zukunft überhaupt nur noch nach Einschaltung der Parlamente genehmigt und damit gebaut werden. Im Fall des „Schnellen Brüters“, der erwiesener Maßen reichlich auch Plutonium produziert, mit dem unter anderem Atombomben hergestellt werden können, spannt sich so ein aktueller Bogen von Westdeutschland über

die EG bis Washington. US-Präsident Carter ist gegen solche „Schnelle Brüter“, weil er Verbreitung von Plutonium unterbinden, zumindest diese kontrollieren möchte. Die Europäischen Gemeinschaften in Brüssel streiten um das Fusionsforschungsprojekt-JET, um auf die gleichen risikoreicheren Atomreaktoren vom Typ „Schneller Brüter“ überhaupt verzichten zu können, und die Richter von Münster fragen nach einem neuartigen Genehmigungsverfahren und erwägen deshalb sogar das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anzurufen. Wie hart auf hart es in der Atomfrage in Westdeutschland gehen kann, zeigt die Reaktion der sozial-liberalen Landesregierung von Nordrheinwestfalen in Düsseldorf, die eine Situation für möglich hält, in der der Bundestag in Bonn kurzfristig zu entscheiden hat, ob, wie es heißt, die Bundesrepublik Kernenergie will oder nicht.“⁷¹

Die oftmalige Betonung, dass es sich dabei um die modernste Technologie handelt, lässt unschwer erkennen, ob Klaus Emmerich zu diesem Zeitpunkt für oder gegen Atomstrom war. Aber fest stand, dass selbst die wichtigste Wirtschaftsnation Europas auf ihrem Atomkurs ins Schlingern geriet.

All diese Ereignisse können als Zeichen eines stetig zunehmenden Widerstandes gegen Atomkraft gesehen werden und als Indiz dafür gewertet werden, dass es zunehmend schwieriger wurde, Kernkraftprojekte zu verwirklichen. Dies alles zusammen hatte tatsächlich eine direkte Auswirkung auf die Erzeugung von Atomstrom. Im Jahresbericht der IAEO wurde ein starker Rückgang bei Aufträgen für Kernkraftwerken verzeichnet. Herbert Hutar fasste den Bericht der IAEO für das Ö1-Mittagsjournal am 3. August 1978 zusammen:

„Die Sicherheit von Kernreaktoren und der Mangel an Betriebserfahrung sind Hauptargumente des Misstrauens gegen Kernenergie. Und die Atomenergieorganisation wartet gleich zu Beginn ihres Jahresberichts mit Zahlen auf. Bis Ende 1976 hatte man weltweit mit den 192 kommerziellen Leistungsreaktoren in insgesamt 1.200 Betriebsjahren Erfahrungen sammeln können. In dieser ganzen Zeit wurde keinerlei ernsthafte Verletzung und kein Todesfall gemeldet, der den nuklearen Anlagenteilen zuzuschreiben wäre. Dabei, so hebt die Organisation hervor, seien einige Kraftwerke mehr als 20 Jahre in Betrieb, mehrere über 10 Jahre. Trotz dieser positiven Aussagen der Atomenergiebehörde, wie es wörtlich heißt, der hervorragenden Betriebssicherheit der Kernkraftindustrie, haben die Energiepolitiker in sämtlichen Industrieländern ihre Kernkraftpläne korrigieren müssen. Die Gründe

⁷¹ JM-770726

dafür sind größtenteils politischer Natur. Die Bedenken der Kernkraftgegner richten sich auf eine ungewisse Zukunft. Erfahrungswerte werden offenbar gering eingeschätzt, und das politische Gewicht der Kernkraftgegner hat zugenommen. Dies wird ganz besonders in der Auftragslage der Kernkraftindustrie deutlich. Im Jahr 1974, also unmittelbar nach dem großen Ölpreisschock, waren noch Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 53.000 Megawatt in den Orderbüchern festgehalten. Zum Vergleich: Zwentendorf hat etwa eine Leistung von 700 Megawatt und ein Großkraftwerk modernster Bauart leistet 1.000 bis 1.200 Megawatt. Ein Jahr später, also 1975, sanken die Aufträge für Kernkraftwerke auf insgesamt 32.000 Megawatt und im letzten Jahr sogar auf 11.000 Megawatt. Besonders in der Bundesrepublik Deutschland haben die Politiker durch diesen Auftragsrückgang eine direkte Gefährdung von etwa 30.000 Arbeitsplätzen geortet, denn die deutsche Kraftwerkunion ist weltweit führend im Bau von Kernkraftwerken. Die KWU baut unter anderem auch Zwentendorf. Die Atomenergieorganisation schreibt zur Auftragslage: „Trotzdem bleibt die Kernenergie auf lange Sicht für fast alle Öl importierenden Länder, sowohl vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit als auch von jenem der Unabhängigkeit in der Energieversorgung, weiter interessant. Auch die Diskussion um die Frage der Endlagerung des Atommülls, wie sie derzeit in Österreich geführt wird, ist in ihrer Art keinesfalls auf unser Land beschränkt. Immer mehr Regierungen verlangen von den Energieversorgungsunternehmen den Beweis, dass sie für die Wiederaufarbeitung der Brennelemente und die Endlagerung vorgesorgt haben, bevor sie eine Baugenehmigung für neue Anlagen erteilen. Dazu kommt noch, dass vor allem die Vereinigten Staaten Bedenken gegen die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente geäußert haben. Denn bei der Wiederaufarbeitung wird das Plutonium vom Uran und vom radioaktiven Abfall getrennt. Präsident Carter sieht in dieser Herstellung von Plutonium die Gefahr, dass die Kernwaffentechnik, also die Atombombe, weiter verbreitet werden könnte. Er selbst hat sein Verteidigungsministerium hingegen angewiesen, Brutreaktoren für militärische Zwecke sehr wohl weiter in Betrieb zu halten. Diese Frage hat zu schweren Auseinandersetzungen auf der letzten großen IAEO-Konferenz im Mai dieses Jahres in Salzburg, geführt. Die Europäer wollen oder können nicht auf die Wiederaufarbeitung verzichten, da ihnen Uran aus eigenen Vorkommen bisher fehlt. Außerdem bezichtigten sie die Amerikaner einer doppelbödigen Nuklearpolitik. Die Europäer verfolgen seither unter der

*Führung von Frankreich und der Bundesrepublik eigenständige
Nuklearprogramme.“⁷²*

Auch aus diesem Beitrag spricht durchaus Vertrauen in die Kernenergietechnologie, doch wird das zunehmende politische Gewicht der Gegner von Atomstrom nicht verschwiegen. Auf die Motive der Anti-Atom-Bewegung wird nicht näher eingegangen, sie werden sogar ein wenig ins Lächerliche gezogen, weil die Geringschätzung von Erfahrungswerten betont wird. Aber das ändert nichts an der grundsätzlichen Feststellung darüber, dass die Atomindustrie innerhalb von drei Jahren in eine veritable Auftragskrise geraten ist, deren Ursachen im zunehmenden Einfluss der Atomenergiegegner zu suchen ist. Wenn aber die Politik darauf reagierte, so wohl kaum wegen der großen Macht, egal in welcher Hinsicht, die von den Atomgegnern ausgeht, außer in einer Hinsicht: der Tatsache, dass die Anzahl der Menschen, die in der friedlichen Nutzung der Kernenergie ein zu großes Risiko sehen, so drastisch gestiegen war. Wählerstimmen sind aber in der Demokratie unabhängig von Reichtum oder Macht entscheidend.

Die Ereignisse im Ausland, welche direkt als Proteste oder indirekt als Einschränkung des Ausbaus bzw. sogar Baustopps gegen Atomkraft gerichtet waren, hatten sicherlich für viele Österreicher eine Art von Vorbildwirkung, zumindest waren sie aber eine Hilfestellung für die Meinungsbildung. Als ein Beispiel unter vielen sei hier auf die Überlegungen in der BRD für Beschränkungen des weiteren Ausbaues der friedlichen Nutzung der Kernkraft wegen der immer massiveren Bürgerproteste verwiesen. Klaus Emmerich berichtete über diese Überlegungen in der BRD am 10. August 1977.⁷³

Bei den direkten Widerstandsaktivitäten gegen Atomstrom geriet die zunehmend härter werdende Reaktion der Staatsmacht auf die Proteste, besonders in Frankreich und der BRD, in den Blickpunkt der österreichischen Atomkraftdiskussion.

Professor Robert Jungk warnte mehrfach vor den gesellschaftspolitischen Auswirkungen in Zusammenhang mit der Atomindustrie. Gemeint war damit die ständig steigende Polizeipräsenz zum Schutz der unterschiedlichsten Aktivitäten der Atomindustrie vor Demonstrationen oder terroristischen Anschlägen und die damit einhergehende Möglichkeit des Machtmissbrauches durch die Exekutive.⁷⁴ Die Debatte um die friedliche Nutzung der Kernenergie wurde so endgültig von einer technologischen Diskussion im Anfangsstadium, über die positiv beantwortete technische Machbarkeit und die Frage nach dem Zeitpunkt, an dem Österreich daran teilhaben würde, zu einer politischen Streitfrage und einer gesellschaftlichen Grundsatzdiskussion über die mögliche Bedrohung bürgerlicher Freiheiten

⁷² JM-770803

⁷³ JM-770810

⁷⁴ JM-770429, JM-770514, JM-780103

durch den angeblich notwendigen Sicherheitsapparat für den reibungslosen Ablauf der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

4. Der Entschluss zur Volksabstimmung

Die strahlenden Aussichten der Atomkraft, so wie es noch 1976 ausgesehen hatte, waren einem sich immer bedrohlicher bewölkendem Himmel gewichen. Die Frage der Endlagerung kam einer Lösung nicht näher, im Gegenteil tauchten in Verbindung mit ihr immer weitere ungeklärte Aspekte der friedlichen Nutzung der Kernkraft auf. Diese Misere war eigentlich nur durch eine möglichst große Mehrheit für die Inbetriebnahme im Parlament zu lösen. Doch gerade dieser notwendige Mehrheitsbeschluss wurde im Jahr 1978 von Monat zu Monat unwahrscheinlicher. Als für Bundeskanzler Bruno Kreisky keine Zweifel mehr darüber bestanden, dass eine Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf durch einen großen Parteienkonsens nicht möglich war, griff er auf eine Idee als möglichen Ausweg zurück, die eigentlich von der ÖVP stammte – eine Volksabstimmung.

Die politische Vorgeschichte zu diesem Entschluss begann im Dezember 1977 mit der Vorlage des Regierungsberichtes, dessen Erstellung vom Kabinett im Juni des Jahres bei der Klausur auf Schloss Herberstein beschlossen worden war, zum Thema Sicherheit des Atomkraftwerkes Zwentendorf im Parlament. Gemäß der Geschäftsordnung folgte darauf die Zuweisung an den Handelsausschuss. Dieser bildete einen eigenen „Atom-Unterausschuss“, welcher 6:5:1 mit SPÖ, ÖVP und FPÖ besetzt wurde. Der Unterausschuss hielt in der ersten Jahreshälfte 1978 eine Reihe von Sitzungen ab, bei denen es als Novum nicht nur zur Anhörung von Experten kam, sondern auch von 35 Vertretern verschiedener Protestgruppen und Bürgerinitiativen.⁷⁵

Wie nicht anders zu erwarten, wurde im Unterausschuss keine Einigung erzielt. Die Abgeordneten der FPÖ lehnten den Regierungsbericht komplett ab. Innerhalb der ÖVP war es schwieriger, die verschiedenen Meinungen unter einen Hut zu bringen. Ein Teil sprach sich unter der Führung von Industrie und Wirtschaftsbund für Zwentendorf aus, der andere Teil unter Taus sprach sich dagegen aus. Anfang 1978 einigte man sich schließlich auf eine gemeinsame Stellungnahme. Die ÖVP begrüßte darin grundsätzlich die Nutzung der Kernenergie. Das Kernkraftwerk Zwentendorf und der Regierungsbericht wurden jedoch auf Grund der mangelnden Sicherheitsbestimmungen und der Lückenhaftigkeit abgelehnt.⁷⁶

⁷⁵ Vetter. S. 254

⁷⁶ Zemanek. S. 44

Ein letzter Versuch des Bundeskanzlers, die ÖVP in die Verantwortung für Zwentendorf zu nehmen, ein Gipfeltreffen mit dem ÖVP-Bundesobmann Taus, erbrachte kein „Atom-Wunder“, die ÖVP verweigerte sich erfolgreich.⁷⁷

In dieser Situation griff die SPÖ eine frühere Idee des ÖVP-Obmanns auf. Am 22. Juni beschloss der SPÖ-Vorstand, eine Volksabstimmung zur Frage Zwentendorf und Atomkraft in Österreich abhalten zu lassen.⁷⁸ Eine überraschende Wende, hatte doch noch im Jänner 1978 der Bundeskanzler den Vorschlag der sozialistischen Jugend, eine Volksabstimmung abzuhalten, mit der Begründung abgelehnt, dass es sich dabei um eine Frage handle, bei der sogar Experten stritten, also Bürger wohl kaum in der Lage wären zu entscheiden. Am 26. Juni wurde der Bericht des Unterausschusses im Handelsausschuss mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Ein alternativer Gesetzesentwurf der ÖVP wurde von der Regierungspartei abgelehnt. Bundesparteioobmann Taus wurde von Johannes Fischer über das weitere Vorgehen der ÖVP in dieser Frage für das Ö1-Mittagsjournal vom 27. Juni 1978 interviewt:

„Johannes Fischer: Herr Bundesparteioobmann Taus, seit gestern sind die Fronten in der Atomfrage relativ klar geworden, die SPÖ hat ihren Antrag im Ausschuss verabschiedet, Ihr Antrag wurde abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten der SPÖ wird im Parlament sich, aller Voraussicht nach, nicht mehr ändern. Das wirft die Frage auf, welche Haltung nimmt die ÖVP jetzt ein. Wie wird sie ihr Verhalten zur Volksabstimmung gestalten, wird sie „Ja“ oder „Nein“ sagen?“

Bundesparteioobmann Taus: Für uns sind die Fronten klar, hier wird der österreichischen Bevölkerung ein Gesetz oder die Abstimmung über ein Gesetz zugemutet, das unserer Meinung nach unzumutbar ist. Daher wird die österreichische Volkspartei „Nein“ zu diesem Gesetz sagen. Denn ein Gesetz, in dem die Menschen nicht über Atomstrom „Ja“ oder „Nein“ in Österreich abstimmen sollen, sondern über die Inbetriebnahme eines Kraftwerkes, ist ein Akt, den sich eine Regierung nicht leisten kann, und das ist auch für die Menschen eine unzumutbare Abstimmung, und daher kann es kein „Ja“ dazu geben für eine Flucht aus der Verantwortung einer Regierung.

Johannes Fischer: Sie werden zum Gesetz selber „Nein“ sagen. Gestern hat ÖAAB-Klubobmann Mock in einer Pressekonferenz erklärt, wenn man zum Gesetz „Nein“ sagt, könne man nicht außerhalb vom Parlament nicht „Ja“ sagen. Wie wird die Haltung der Partei nun zu der Volksabstimmung selbst sein?“

⁷⁷ Ders. S. 65.

⁷⁸ JA-780622

Bundesparteiobmann Taus: Wir werden auch in der Öffentlichkeit bei unserer Haltung bleiben, das heißt, es wird keine „Ja“-Empfehlung zu diesem Gesetz geben, das halten wir für unmöglich, hier kann es nur ein „Nein“ geben.

Johannes Fischer: Es wird ein klares „Nein“ zur Volksabstimmung geben, wird es unter Umständen auch die Empfehlung geben, der Volksabstimmung fernzubleiben?

Bundesparteiobmann Taus: Wir werden sicherlich nicht die Empfehlung aussprechen, der Volksabstimmung fernzubleiben, nur, wir haben den Eindruck aus vielen Gesprächen, dass viele Menschen dieses Gesetz und diese Art des Vorgehens der Regierung als eine Zumutung empfinden, und das kann sich möglicherweise darin niederschlagen, dass sie nicht zur Abstimmung gehen werden. Wir allerdings werden diese Empfehlung nicht geben.

Johannes Fischer: Wenn also jetzt diese klare Empfehlung der Volkspartei da ist, auf der anderen Seite auch die klare Empfehlung der SPÖ bei dieser Volksabstimmung mit „Ja“ zu stimmen, könnte es nicht sein, dass das ganze dann gewissermaßen zu einem Plebiszit über Kreisky und Taus entschieden wird.

Bundesparteiobmann Taus: Mein Gott, es kann in der Öffentlichkeit alles so oder so hochgejubelt oder hergejubelt werden, ich halte das für einen ziemlichen Unsinn, aber wenn es so ist, dann ist es eben so.

Johannes Fischer: Mit anderen Worten, nachdem Kernkraftwerksgegner, offensichtlich in beiden Parteien, mit 20% bis 30% gerechnet werden, die Befürworter etwa bei 50% bis 60% liegen dürften, könnte es nicht sein, dass Sie da eine Niederlage erleiden am 5. November.

Bundesparteiobmann Taus: Es geht hier nicht drum, um Sieg oder Niederlage. Hier geht es um etwa ganz anderes. Ist es denkbar, dass eine Regierung einer Bevölkerung eine Fragestellung zumutet, die für eine Bevölkerung unzumutbar ist? Dem Menschen, der in dieser schwierigen Problematik ja keine ausreichende Information haben kann, sondern der sich einfach darauf verlassen muss, dass Regierung und Fachleute alles Nötige vorkehren, dass man die Entscheidung aus dem zuständigen Gremium, nämlich aus der Regierung wegschiebt und sie dem Volk hingibt, das ist das, was wir in dieser Frage in der Öffentlichkeit deutlich sagen wollen. Hier handelt es sich um eine Flucht aus der Verantwortung, um die Flucht einer Regierung, die nicht entscheiden will oder nicht entscheiden kann oder sich vor der Entscheidung fürchtet, wie immer sie das nun haben wollen.

Johannes Fischer: Letzte Frage daher, werden Sie am Mittwoch einen Misstrauensantrag gegen die ganze Regierung stellen, wie Sie dies schon vor kurzem angedeutet haben.

Bundesparteibeamteter Taus: Ich hab gesagt, dass so etwas im Bereich des möglichen liegt, wenn wir so etwas tun, ist das eine Frage des parlamentarischen Ablaufes und wird im Parlament entschieden werden.

Johannes Fischer: Vielen Dank.“⁷⁹

Der Regierungsbericht und der umfassende Bericht des Handelsausschusses wurden am 28. Juni 1978 im Plenum des Nationalrates behandelt.

Ebenfalls auf der Tagesordnung der Sitzung stand der von der SPÖ eingebrachte und vom Handelsausschuss mit Mehrheit beschlossene Entwurf eines Bundesgesetzes, dem sogenannten „Kernenergienutzungsgesetz“. Gleichzeitig erfolgte jedoch der Antrag, den Gesetzesbeschluss einer Volksabstimmung zu unterziehen, welcher einstimmig angenommen wurde.⁸⁰

Die Reaktionen der österreichischen Presse auf die angekündigte Volksabstimmung lassen sich sehr gut in der Inlandspresseschau, einem fixen Bestandteil jeder Ö1-Mittagsjournalendung ablesen. Die Auswahl der darin zitierten Tageszeitungen kann durchaus als ein repräsentativer Querschnitt durch die damalige Medienlandschaft Österreichs bezeichnet werden. Fakt ist, dass die Zahl der Tageszeitungen in den 70er-Jahren größer war als gegenwärtig, Tatsache ist aber auch, dass die Parteizeitungen noch eine gewichtige Rolle in der Presselandschaft Österreichs spielten. Die Inlandspresseschau vom 1. Juli 1978 widmete sich neben dem neuen AK-Wahlrecht zur Gänze dem Thema Atom-Volksabstimmung. Wie die Ausnahme zur Regel wurden an diesem Tag nur solche Tageszeitungen zitiert, „Die Salzburger Nachrichten“, „Die Oberösterreichischen Nachrichten“, „Die Presse“ und der „Kurier“, die auch heute noch erscheinen. An diesem Tag gestaltete Wilfried Seifert diesen Fixpunkt im Ö1-Mittagsjournal:

„Wilfried Seifert: Nahezu alle anderen Kommentatoren befassen sich mit der Atomdiskussion, im Besonderen mit der Volksabstimmung, und alle Kommentatoren zeigen sich sehr kritisch, was den Anlass und die Formulierung dieser Volksabstimmung betrifft. Etwa Gerhard Neureiter in den ‚Salzburger Nachrichten‘.

⁷⁹ JM-780627

⁸⁰ Zehetgruber. S. 82

Sprecher: Das Vertrauen des Bürgers in seine Parteien, seine Erwartung, sie würden zuerst den Staat, die Wirtschaft oder das Einigende sehen, ehe sie an Wählerstimmen denken, wurde enttäuscht. Der Riss wird nach der Volksabstimmung hoffentlich heilen, dann wird man auch wissen, wer besser taktiert hat, Kreisky oder Taus. Über diese Lagermentalität mit wechselnden Namen kommt Österreich nicht hinaus.

Wilfried Seifert: Oder etwa Hermann Polz in den ‚Oberösterreichischen Nachrichten‘.

Sprecher: Zwentendorf als parteipolitisches Vehikel, dessen Steuer jeder dieser Steuermänner fest in der Hand zu halten glaubt. Die Akteure mögen sich in diesem Augenblick noch als teuflische Schlaumeier fühlen, sich einbilden, dem jeweils anderen mit trickreichen Finten und Wendungen die Rutschbahn in den Abgrund bereitet zu haben. Mit ihrer Schlauheit, sich einander zu übertölpeln, haben die Schlaumeier indessen nur ein erschreckendes Beispiel dafür geliefert, wie weit die Unfähigkeit der Parteien schon fortgeschritten ist, lebensbewegende Fragen kraftvoll zu regeln. Da rühren die großen Männer im kleinen Kreis herum und wirken wie der Kaffeelöffel, dessen Aktionsgrenze der Häferstrand bildet.

Wilfried Seifert: In der Tageszeitung ‚Die Presse‘ fürchtet Thomas Chorherr schwerwiegende gesellschaftspolitische Folgen.

Sprecher: Österreich kann sich rühmen einer internationalen politischen Premiere Raum zu geben. Zum ersten Mal wird es den grenzüberschreitenden Gruppen der sogenannten Atomgegner, unter denen die Idealisten, überzeugten Umweltschützer und ehrlich Besorgten nur leider allzu oft die Rolle der nützlichen Idioten spielen, möglich sein, eine vom Staat zur Verfügung gestellte Plattform zu finden. Nirgendwo auf der Welt ist eine nukleare Premiere der Allgemeinheit überantwortet worden. In Österreich darf man den Aufstand, dessen Ziel keineswegs nur die Verhinderung der Inbetriebnahme eines Kernkraftwerks sein könnte, vor aller Augen proben.

Wilfried Seifert: Im ‚Kurier‘ schließlich appelliert Peter Rabl an die Parteien, ihre, wie er meint, aus rein taktischen Motiven diktierte Handlungsweise zu ändern, um der Volksentscheidung eine Chance zu geben, zu einer Gewissensentscheidung zu werden.

Sprecher: Realistischerweise steht freilich zu befürchten, dass sich gar nichts ändern wird an der Taktik der Parteien für die Volksabstimmung. Kurzfristig wird eine der beiden Seiten dadurch den errechneten Erfolg haben, langfristig freilich werden sie alle den Schaden miteinander zu tragen haben, den sie ihrer eigenen Glaubwürdigkeit, den sie vor allem den immer noch, gerade von kritischen

Demokraten, hoch angesetzten Stellenwert der direkten Demokratie antun. Klagen über Demokratieverdruss brauchen die Machtprofis dann jedenfalls keine mehr zu äußern. Den Abbruchunternehmen nimmt man die Trauer über zerstörte Häuser nicht ab.“⁸¹

Interessant ist, wie einheitlich die Ablehnung einer Volksabstimmung zu diesem Thema war. Alle Kommentatoren waren der Meinung, dass aus einer Frage für Experten ein Politikum gemacht wurde. Während in den Salzburger Nachrichten ein Riss in der politischen Landschaft zwischen den Parteien und den Wählern geortet wurde, mit der Hoffnung, dass dieser heilen würde, übten die Oberösterreichischen Nachrichten in etwas merkwürdiger Wortwahl Kritik an den Parteien wegen dem nicht Zustandekommen einer Einigung. Die Presse und Thomas Chorherr wurden ihrem damaligen Image als Gralshüter der abendländischen Kultur gegen Chaos und Anarchie gerecht. Die „grenzüberschreitenden“, „sogenannten“ Atomgegner werden als von Gott weiß welchen Mächten des Bösen unterwanderte Idioten dargestellt. Einen Aufstand, dessen Ziel wohl der Sturz des Staates in den Abgrund sein sollte, sah Chorherr heraufziehen. Rabl sieht einen Schaden für die direkte Demokratie durch die Taktik der Parteien. Eine interessante Befürchtung, denn wie kann etwas beschädigt werden, dass zuvor in Österreich nie zur Anwendung kam, also im realen politischen Leben eigentlich gar nicht existierte?

Schon am 3. Juli 1978 war wiederum die Atomdiskussion ein Teil der Inlandspresseschau im Ö1-Mittagsjournal. Leopold Esterle war diesmal der Gestalter und traf die Auswahl aus der österreichischen Presse:

„Leopold Esterle: Neues altes Thema Atomenergie. Die Obmänner der beiden Oppositionsparteien, Taus und Peter, haben sich gestern bei Großkundgebungen gegen Ablenkungsmanöver der sozialistischen Regierung in der Frage Zwentendorf ausgesprochen. Und ÖVP-Energiesprecher König meinte, ein „Ja“ zum Gesetz über Zwentendorf würde einem Blankoscheck der Regierung gleichkommen, das Kernkraftwerk in Betrieb zu nehmen, obwohl heute niemand wisse, wo der anfallende Atommüll hingbracht werden soll. Dazu liest man heute im ‚Salzburger Volksblatt‘.

Sprecher: Der Bürger, der die Reden der Politiker und die Meinungen der Kommentatoren Tag für Tag um die Ohren gehaut bekommt, muss, wenn er über das kurze Gedächtnis verfügt, das bei ihm vorausgesetzt wird, der Meinung sein, das Problem der Endablagerung des Atommülls sei erst einige Monate alt. Was

⁸¹ JM-780701

haben sich die Politiker zu dieser heiklen Frage denn im Jahre 1969 und in den folgenden Jahren gedacht?“⁸²

Die Frage nach der Atommülllagerung zog sich weiterhin wie ein roter Faden durch die Diskussion. Wenn sie zu diesem Zeitpunkt, wenige Monate vor der Volksabstimmung, nicht das einzige Thema war, geriet sie doch niemals ganz aus dem Blickpunkt des Interesses.

Die Wahlempfehlungen der Parlamentsparteien waren für die Regierung und die kleine Oppositionspartei klar vorhersehbar und fielen auch dementsprechend aus. Die SPÖ trat für die Inbetriebnahme von Zwentendorf ein, während die FPÖ ihrer Parteilinie treu blieb und nach einem Beschluss der Bundesparteileitung vom 18. Juli 1978 den Bürgern ein Nein-Votum empfahl. Dabei betonte die FPÖ, dass die Regierung nicht ihre Arbeit gemacht hätte und zu viele wichtige Sicherheitsfragen unbeantwortet geblieben waren.⁸³

Innerhalb der ÖVP war die Entscheidung für eine Wahlempfehlung gegen Zwentendorf durch den massiven Druck von Wirtschaft und Gewerbe für die Kernenergie, entgegen den Aussagen von Bundesparteiobmann Taus, kaum möglich. Daraufhin gab Taus schließlich bekannt, dass die ÖVP keine Wahlempfehlung ausgeben würde, er aber als Privatmann gegen Zwentendorf, also gegen die Regierung, gegen die SPÖ und vor allem gegen Bundeskanzler Kreisky stimmen würde.⁸⁴

Es war auch der Bundeskanzler, der die Volksabstimmung zu einem großen Erfolg für die SPÖ machen wollte. Dafür wurde die Diskussion nun endgültig in einen Wahlkampf umgewandelt. Bei einer Großkundgebung der SPÖ, knapp drei Wochen vor der Volksabstimmung, machte er die mehrheitliche Zustimmung zu Zwentendorf zu einer Frage seines persönlichen Prestiges und verknüpfte sie sogar mit seiner Zukunft als Regierungschef.⁸⁵

Doch auch die Kernkraftgegner sammelten jetzt im Sommer 1978 alle Kräfte und führten eine konzentrierte Kampagne, auch wenn sie nicht annähernd über die finanziellen Mittel der Atomkraftbefürworter verfügten. Die Elektrizitätswissenschaft investierte 35 Millionen Schillinge für Broschüren, Inserate, Plakate und Werbespots.⁸⁶

Am 21. September 1978 hielten acht Universitätsprofessoren eine Pressekonferenz ab, in der sich alle für die Inbetriebnahme von Zwentendorf aussprachen. Herbert Hutar gestaltete den Beitrag für das Ö1-Mittagsjournal über diese Pro-Atom-Pressekonferenz.⁸⁷

⁸² JM-780703

⁸³ Premstaller. S. 60

⁸⁴ Ders. S. 85

⁸⁵ Vetter. S. 276

⁸⁶ Premstaller. S. 72

⁸⁷ JM-780921

Auf Seiten der Kernkraftgegner wurde ebenfalls am 21. September 1978 ein zweiter Dachverband der Atomkraftgegner gegründet. Wilfried Seifert berichtete darüber im Ö1-Mittagsjournal:

„Wilfried Seifert: Zumindest was die politische Prominenz betrifft, die beim ersten Komitee Pro-Zwentendorf aufgewogen werden sollte, haben die Kernkraftgegner heute gleichzuziehen versucht. Denn die Listen des Vorstandes und des Ehrenpräsidiums des neuen Vereines umfassen in Österreich bekannte Größen wie Nobelpreisträger Lorenz, den Fernsehwahlhochrechner Professor Bruckmann, Schauspieler des renommiertesten österreichischen Hauses wie Richard Eibner, Erika Pluhar, Uli Fessel oder Helmut Qualtinger und daneben eine ganz lange Liste von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Dramatikern, Sängern und was es an gesellschaftlich-politischer Prominenz noch so geben mag. Insgesamt will die neue Gruppe nach eigenen Angaben die Interessen von 500.000 Anhängern und 36 Initiativgruppen vertreten. Das erste deklarierte und kurzfristige Ziel, eine Mehrheit von Nein-Stimmen bei der Volksabstimmung am 5. November zustande zu bringen. Das Mittel dazu – Information, Information und nocheinmal Information. Denn vor allem nach Meinung der Kernkraftgegner ist die Bevölkerung bisher nicht ausreichend und außerdem, durch den Millioneneinsatz der Elektrizitätswirtschaft, falsch informiert worden. Etwa die Propagandaschrift, warum wir Zwentendorf brauchen, die dieser Tage den österreichischen Haushalten unter der Wohnungstür durchgeschoben wird, sei ein in allen Aussagen falsches und zwar beweisbar falsches Elaborat. Denn alle Aussagen, die für Zwentendorf sprechen, wie etwa die Sicherung der Arbeitsplätze, die bereits aufgewendeten 7 oder 8 Milliarden Schillinge oder die Wirtschaftlichkeit des Atomstroms, seien schlicht und einfach unrichtig. Falsch aber auch, was etwa von den Kernkraftbefürwortern, wie etwa im vorigen Beitrag, den Sie eben gehört haben, über die angebliche Sicherheit und Ungefährlichkeit von Kernkraftwerken im Betrieb oder im Unfall behauptet werde, wie etwa die Angaben über die höchstzulässige und höchstbemerkbare Strahlendosis. Der Vorstandsobmann des neuen Vereines, der Geologe Professor Tollmann, hält angesichts des massiven Propagandaaufwandes der Befürworter und der seiner Ansicht nach gegebenen völligen Chancenungleichheit, eine gewisse Gefahr in der Volksabstimmung am 5. November.

Professor Tollmann: Darüber hat man jetzt die ganze Verantwortung abgewälzt und auf das Volk gegeben. Das ist eine der undemokratischsten Maßnahmen.

Eine Volksabstimmung ist etwas sehr demokratisches, wenn man gleiche Chancen gibt, wenn man das Volk unterrichtet und dann würden Sie sehen, wie das Volk abstimmt. Ich garantiere es Ihnen, dass Sie, wenn wir ein Jahr Zeit hätten, kann ich mit voller Garantie sagen, dass es eine Abstimmung geben würde, dass diese Kraftwerke überhaupt nicht in Frage kämen. Denn unsere Argumente, die wissenschaftlichen Argumente, sind so fundiert, und wenn ich die läppischen Argumente der E-Wirtschaft sehe, die ich nicht lesen kann, weil sie so falsch sind und so leicht widerlegbar sind, dann kann ich nur sagen, wenn man das Volk hier belehren würde, dann würden wir ein ganz eindeutiges Ergebnis bekommen.

Wilfried Seifert: Nach Darstellung von Professor Tollmann ist die Gegenseite, gemeint ist hier die Elektrizitätswirtschaft und das was hier eher nebulos als Atomlobby bezeichnet wird, dabei in der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich.

Professor Tollmann: Es ist so, dass man echt persönlich Drohungen ausgesetzt ist. Es ist so, dass eben solche Verdächtigungen ständig kommen, gegen die wir uns mit unseren kleinen Mitteln sehr schwer wehren können, und es ist so, dass Sie eben zum Beispiel, und ich will ein Beispiel anführen, bis in die höchsten und offiziellsten Dinge Abänderungen, Verfälschungen haben. Ich hab vor kurzem einen Brief abgeben müssen an den Abgeordneten Staudinger, einen offenen Brief, auch an Bundeskanzler Kreisky und so adressiert, dass ich mit Entsetzen gesehen habe, dass der Bericht des Hearings zur Atomfrage verfälscht ist. Ich habe zuerst entlarven müssen, bei meinen ersten Hearings, dass der Regierungsbericht falsch ist, und ich kann es jederzeit belegen. Die Daten sind falsch, man hat den Regierungsbericht zurückgenommen. Daraufhin ist ja das ganze Hearing eingeführt worden, damit sich die Abgeordneten selbst überzeugen können. Und das Ergebnis ist nun, dass der Hearingsbericht, der nun gedruckt vorliegt, wieder verfälscht ist.

Wilfried Seifert: Massive Anschuldigungen also gegen Bundesregierung und E-Wirtschaft. Die Stimmung der Kernkraftwerksgegner schwankt unabhängig von ihrer politischen Einstellung, die von weit links bis ziemlich weit rechts außen reicht, zwischen Pessimismus, da heißt dann die Aussage: ‚Unsere Bewegung wird weiter bestehen und weiterkämpfen, auch wenn Zwentendorf einmal in Betrieb ist‘ und Optimismus, Aussage dazu: ‚Schließlich seien die Beweise für die Schädlichkeit und Unnützlichkeit Zwentendorfs so schlagend, dass ein Kind sie begreifen müsse.‘ Die Kernkraftwerksgegner also heute in einer etwas ungewohnten Rolle. In erster Linie ging es nämlich nicht um die Präsentation neuer Argumente gegen Atomstrom, sondern sich gegen Verdächtigungen,

Unterstellungen und Druck von außen zur Wehr zu setzen. Insgesamt herrscht allerdings die Meinung vor, dass die Kampagne gegen Zwentendorf eigentlich zu spät eingesetzt habe. Fünf Minuten vor zwölf ist sozusagen gar kein Ausdruck, meint etwa der Nobelpreisträger Professor Dr. Konrad Lorenz.

Professor Lorenz: Ich bin sehr für Toleranz, der Gegner, der gegnerischen Meinung, solange der die Wahrheit spricht und der ehrlich ist. Ich bin für äußerste Intoleranz gegenüber den infamen Lügen, die in diese, unter die Türe geschobenen Broschüre stehen. Dass wir, dass uns eingeredet wird, dass wir mit einem verhungerten Wasserbüffel pflügen müssen, wenn wir Zwentendorf nicht bauen, das ist ja unglaublich. Das ist so, dass man es wirklich nicht glaubt. Ich sage nicht, dass wir alle, wir Wissenschaftler, nicht auch schuld sind. Ich geniere mich zu bekennen, dass ich jahrelang zwischen Seewiesen und Altenberg an Zwentendorf vorüber gabraust bin und gesehen habe, wie das allmählich wächst und mir nichts dabei gedacht habe. Und so blöd sind die Allermeisten von uns gewesen, und wenn ich von meiner eigenen Blödigkeit spreche, kann ich die Menschheit derselben Blödigkeit anklagen. Ein altes lateinisches Sprichwort sagt: ‚Quem deus vult perdere, prius dementat‘ – Wen Gott verderben will, den beraubt er zuerst einmal der Vernunft.

Wilfried Seifert: Weniger vordergründig hat sich die Auseinandersetzung um Glauben und Zustimmung des stimmberechtigten Bürgers schon längst von der Ebene Argument und Gegenargument wegbewegt. Zusammengezählt werden es wohl 30 bis 40 Klagen sein, die hier wechselseitig wegen falscher Berichterstattung, falscher Verdächtigung und ähnlicher Delikte eingebracht wurden.“⁸⁸

Männer wie Prof. Robert Jungk, Prof. Alexander Tollmann und der Nobelpreisträger Konrad Lorenz gaben der Anti-Atom-Bewegung eine fachliche Ernsthaftigkeit und dadurch ein politisches Gewicht, welches nicht einfach mit der Behauptung, dass die Atomgegner allesamt Berufsprotestierer wären, weggewischt werden konnte.

Der Ausspruch des Bundeskanzlers über die Demonstranten am Heldenplatz war noch nicht vergessen:

„Das sind die Methoden, die angewendet werden von terroristischen Gruppen, dem beuge ich mich nicht. Ich habe es nicht notwendig, mich von ein paar Lausbuben so behandeln zu lassen. Aber das ist ja nicht das Volk, das da unten

⁸⁸ JM-780921

versammelt ist. Das sind Leute, die sich selber zu Sprechern gemacht haben. Ich kenne die Stimmung in Österreich mindestens genau so gut wie sie.“⁸⁹

Neben der ARGE „Nein zu Zwentendorf“ mit Konrad Lorenz als eine Art von Anti-Atom-Übervater, den „Sozialisten gegen Atomenergie“ mit Josef Cap und Peter Kreisky, der Gruppe „Künstler gegen Zwentendorf“ mit Wolfgang Ambros, Friedensreich Hundertwasser und André Heller, um nur einige zu nennen, traten eine Vielzahl von mehr oder weniger gut organisierten Gruppen und Komitees auf. Auch die katholische Jugend und die Österreichische Hochschülerschaft engagierten sich für „Nein“ bei der Volksabstimmung.

In der Berichterstattung von Ö1 kam es nun zu einem einmaligen Ereignis. 14 Tage vor der Volksabstimmung wurde eine eigene Kurz-Serie des Informationsdienstes ins Leben gerufen, sie trug den Titel „Atomenergie in Österreich, Information zur Entscheidung.“, mit eigener Kennsignatur. Bis unmittelbar vor die Volksabstimmung wurde nun in jedem Morgenjournal ein Bericht zum Thema Kernenergie gesendet. Die Spannweite der Beiträge reichte dabei von technischen Details des Kraftwerksbaues und dessen Sicherheitsbestimmungen, wirtschaftlichen Aspekten der Atomstromerzeugung, der Standortwahl, der Frage der Wiederaufarbeitung, dem Problem der Atommülllagerung, den Sicherheitsvorkehrungen und Alarmpläne für den Fall eines Störfalles, bis hin zum Politstreit um das Kernkraftwerk. In diesen Beiträgen kamen sowohl Befürworter als auch Gegner der Atomkraft zu Wort.⁹⁰

Alleine die Ausgewogenheit der Berichte brachte dem Ö1-Journalteam den Vorwurf der Parteinahme von Seiten der Kernkraftbefürworter ein.

5. Die Volksabstimmung und die Folgen

Der große alte Historiker der österreichischen Geschichte, Erich Zöllner, schrieb in seinem Standardwerk über Österreich betreffend die Diskussion um die Atomenergie und den Ausgang der Volksabstimmung vom 5. November 1978:

⁸⁹ Höfner. S. 108

⁹⁰ JM-781016, JM-781017, JM-781018, JM-781019, JM-781020, JM-781021, JM-781023, JM-781024, JM-781025, JM-781027, JM-781028, JM-781030

„Rückschläge blieben freilich nicht ganz aus.“⁹¹ Die Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes in Zwentendorf (NÖ), dessen Bau von der ÖVP-Regierung Klaus beschlossen, im Nationalrat einstimmig akzeptiert worden war, wurde zum Politikum und Objekt aufgeregter Auseinandersetzungen, in denen Leidenschaft der Parteinahme gegenüber sachbezogener Argumentation weitaus überwog; eine Volksabstimmung am 5. November 1978 über das vom Nationalrat beschlossene Gesetz über die friedliche Nutzung der Atomenergie brachte eine knappe Mehrheit der Gegner: Das Werk, das Milliarden gekostet hatte, blieb außer Betrieb. Das Ergebnis bedeutete eine Schlappe des Bundeskanzlers, während die ÖVP in einer eher indirekten Form der Bevölkerung eine Ablehnung nahe gelegt hatte. Der Nationalrat beschloss nunmehr ein Atomsperrgesetz, an dem Volksbegehren pro und kontra im November 1980 nichts mehr änderten. In der Folge entzündeten sich Debatten um den Umweltschutz auch an Planung und Bau von Kohle- und Wasserkraftwerken. Die „grüne Bewegung“ begann auch auf Österreich überzugreifen. Bei alledem kam, wie auch sonst in Europa, ein steigendes Unbehagen der Jugend an der Wohlstandsgesellschaft zum Ausdruck; dabei blieb es auch, als dieser Wohlstand durch Krisenerscheinungen in aller Welt in Frage gestellt wurde.“⁹²

Die Volksabstimmung wurde tatsächlich zu einem Politikum, denn die ÖVP versagte dem Kanzler die vielleicht bis zum Schluss heimlich erhoffte Zustimmung oder das wohlwollende Schweigen gegenüber der Atomkraft.

Die SPÖ, zumindest soweit sie sich an die vom Kanzler vorgegebene Linie hielt, und der ÖGB mit seinem Präsidenten Anton Benya als einem der entschiedensten Verfechter der Kernenergie, die beiden Säulen der linken Reichshälfte des Landes, waren ebenso für die Inbetriebnahme von Zwentendorf wie die Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammer, zwei wichtige Vertreter des konservativen Lagers in Österreich.⁹³

Doch gab es auch innerhalb der SPÖ Kernkraftgegner, und dem Kanzler gelang es nicht, durch den Hinweis auf die Parteidisziplin alle zum Schweigen zu verdonnern. Im Gegenteil, am 14. September 1978 bildetet sich das Komitee „Sozialisten gegen Atomenergie“ in Graz.⁹⁴ Die Landeshauptleute und die Landesparteiorganisationen waren schon wesentlich gespaltener, und diese Spaltung ging quer durch die Parteien. Der SPÖ-Landeshauptmann

⁹¹ Aus der Sicht der Regierung Kreisky. [Anm. d. Verf.]

⁹² Zöllner, Erich. Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wien 1984. S. 550 f.

⁹³ Klenner, Fritz. Die Österreichische Gewerkschaftsbewegung. Entstehung, Entwicklung, Zukunft. Wien 1987. S. 457. Fritz Klenner wirft dem Wirtschaftsbund und seinen Mandataren eine laue Haltung in dieser Frage vor. Er ortet also einen guten Teil der Schuld an dem Zwentendorf-Debakel aus Sicht des ÖGB bei der ÖVP.

⁹⁴ Tollmann. S: 146

Theodor Kery war ein vehementer Verfechter der Kernenergie, wogegen die SPÖ-Landesgruppe Vorarlberg bei ihrem „Nein“ zum Atomstrom blieb.⁹⁵ Der Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, Leopold Gratz, hatte Bedenken wegen der ungelösten Frage der Endlagerung angemeldet, aber letztlich war er wieder auf die Linie der Bundespartei eingeschwenkt.

Der niederösterreichische Landeshauptmann, Andreas Maurer, war nicht grundsätzlich gegen die Atomenergie, aber gegen die Lagerung des Atom Mülls im Waldviertel. Ebenso könnte wohl die Meinung von Oberösterreichs Landeshauptmann, Josef Ratzenböck, beschrieben werden. Die Bundes-ÖVP unter dem neuen Führungsduo Bundesparteiobmann Josef Taus und Bundespartei sekretär Alois Mock, verweigerte der SPÖ eine positive Haltung zur Volksabstimmung, nachdem der Bundeskanzler den Ausgang der Abstimmung und sein weiteres politisches Schicksal miteinander verknüpft hatte. Bruno Kreisky wollte so zwei Fliegen mit einer Klappe treffen – die Mehrheit für Zwentendorf sollte sich aus den Anhängern und Sympathisanten seiner Person und den „ökonomisch“ denkenden Österreichern, die einfach den finanziellen Verlust und die möglichen finanziellen Mehrbelastungen, welche durch eine Atomruine entstehen würden und könnten, vermeiden wollten, ergeben. Sprich, die überwiegende Mehrheit der SPÖ-Wähler und ein großer Teil der ÖVP-Wähler sollten so gewonnen werden. Doch die Rechnung ging nicht auf.

Am 5. November 1978 gab es eine Premiere in der österreichischen Politik, die erste Volksabstimmung Österreichs. Innenminister Lanc verkündete cirka um 19 Uhr 45 das vorläufige Endergebnis:

„Auf „Ja“ lauteten 1.576.839 Stimmen oder 49,43%, auf „Nein“ 1.606.308 Stimmen oder 50,47%, das ist daher eine Nein-Mehrheit, und das im Parlament beschlossene und zur Volksabstimmung vorgelegte Gesetz ist damit gefallen.“⁹⁶

Auch die unmittelbare Reaktion von Bundeskanzler Kreisky wurde im Ö1-Morgenjournal des 6. November 1978 wiedergegeben.

„Die Mehrheit der Österreicher, ganz gleich, ob groß oder klein, hat hier gegen Zwentendorf entschieden. Ich sage das in aller Offenheit, die sozialistische Partei ist in ihrer überwältigenden Mehrheit für die Inbetriebnahme Zwentendorfs

⁹⁵ Ein „Ja“ der Vorarlberger SPÖ zum Kernkraftwerk Zwentendorf wäre wohl auch als pure Heuchelei erschienen, nachdem die gleiche Landespartei vehement gegen die Errichtung eines grenznahen Atomkraftwerkes in der Schweiz aufgetreten war.

⁹⁶ JF-781106

eingetreten und hat sich hinter diese Maßnahme gestellt und bei Vorliegen aller Sicherheitsvoraussetzungen. Es ist auch eine persönliche Niederlage für mich, denn ich war derjenige, der meiner Partei die Volksabstimmung empfohlen hat, weil ich der Meinung war, es genüge nicht, mit einer Stimme Mehrheit im Parlament einen solchen Beschluss zu fassen. Man müsse hier von der Möglichkeit, die die österreichische Verfassung vorsieht, eine Volksabstimmung zusätzlich abhalten zu lassen, Gebrauch machen. Das österreichische Volk hat also diese Möglichkeit durch einen Beschluss der sozialistischen Partei bekommen. Zu einer parteipolitischen Frage haben die Volksabstimmung und die ganze Frage Zwentendorf diejenigen gemacht, die im Parlament seinerzeit das als die große Entscheidung, den großen Schritt in die Zukunft bezeichnet haben, dann aus spekulativen, wahlpolitischen Spekulationen ausgewichen sind, und ich habe erklärt, da die anderen es zu einer politischen Frage gemacht haben, soll's für uns auch eine sein, und dazu stehe ich auch heute noch. Die Spekulationen, wenn es auf mich ankommt, die da manche anstellen, dass jetzt gar nichts passiert ist, und jetzt wird man vier Schrauben einziehen und dann ist auf einmal Zwentendorf sicher, die Spekulationen würde ich, vor denen würde ich warnen. Das ist ein Volksentscheid und der soll respektiert werden.“⁹⁷

Den weiteren Reaktionen aus dem Inland war praktisch das gesamte Ö1-Mittagsjournal vom 6. November 1978 gewidmet. Das Spektrum der Beiträge reichte dabei von den Stellungnahmen der SPÖ und ÖVP, der Verbundgesellschaft und den Landesgesellschaften, bis zur Analyse des Wählerverhaltens.⁹⁸ Außer einem Kulturbeitrag war die gesamte Sendezeit der Volksabstimmung und ihrem Ergebnis gewidmet, ein im Bearbeitungszeitraum einmaliges Vorkommen.

Mit weiteren innenpolitischen Stellungnahmen, vor allem aber mit den Reaktionen aus dem Ausland auf diese österreichische Volksentscheidung, befasste sich das Ö1-Abendjournal dieses Tages.⁹⁹

Die Abstimmung erbrachte eine denkbar knappe Mehrheit der abgegebenen Stimmen gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, doch am Ausgang konnte kein Zweifel bestehen.

Bei einer näheren Betrachtung des Ergebnisses fallen einige Punkte auf. Zwischen Ost- und Westösterreich ist ein starkes Gefälle zu verzeichnen. Die höchste Wahlbeteiligung mit 84,4% und gleichzeitig den größten Anteil an Nein-Stimmen mit 75,8% gab es in Vorarlberg. In Wien gab es 55,5% Ja-Stimmen und im Burgenland sogar 60%. Im Bezirk Tulln stimmten

⁹⁷ JF-781106

⁹⁸ JM-781106

⁹⁹ JA-781106

62,5% gegen die Gesetzesvorlage. In der Gemeinde Zwentendorf stimmten dagegen 55,5% mit Ja, bei einer Wahlbeteiligung von 86,5%. Beim Abstimmungsverhalten zwischen Frauen und Männern konnte kein markanter Unterschied festgestellt werden. Für die Kernenergie stimmten hauptsächlich Personen über 50 Jahre, SPÖ-Anhänger und Personen mit einer niedrigeren Schulbildung. Gegner der friedlichen Nutzung der Atomenergie waren hauptsächlich junge Wähler, Selbständige, Personen mit höherer Bildung, Parteigänger der Opposition und Menschen ohne bestimmte politische Bindungen. Als entscheidend für ihr Abstimmungsverhalten gaben die Atomgegner weniger die kurzfristigen Gefahren eines Atomkraftwerkes an, sondern vor allem die ungelöste Frage der Atommülllagerung.¹⁰⁰

Die österreichische Gesetzeslage, wie sie im November 1978 herrschte, hätte der Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H (GKT), nach Erfüllung aller Auflagen der Behörden, die Erlangung eine Betriebsbewilligung ermöglicht, auch gegen das Ergebnis der Volksabstimmung. Diese absurde Gesetzeslücke sollte nun durch das sogenannte Atomsperrgesetz geschlossen werden.¹⁰¹ Bei der Sitzung des Nationalrates am 8. November 1978 brachte die SPÖ einen Initiativantrag für ein Bundesgesetz zum Verbot der Nutzung der Atomenergie ein. Der Antrag wurde an den Handelsausschuss zugewiesen, dort am 12. Dezember 1978 behandelt und zur Beschlussfassung fertig gemacht. Am 15. Dezember 1978 wurde schließlich das Atomsperrgesetz beschlossen, oder, wie es eigentlich heißt, das Bundesgesetz über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich.¹⁰²

Einen Tag nach der Volksabstimmung, am Abend des 6. Novembers, hatte Bundeskanzler Kreisky dem Parteipräsidium der SPÖ seinen Rücktritt angeboten, welcher nicht angenommen wurde. Im Gegenteil, der Kanzler ging innerparteilich sogar gestärkt aus dieser schweren Schlappe der SPÖ hervor. Kreisky erhielt eine Generalvollmacht vom Parteipräsidium, um die SPÖ in der Nationalratswahl 1979 doch noch zu einem Erfolg zu führen.

Auf seine Frage, was unter einer Generalvollmacht eigentlich zu verstehen sei, wurde der burgenländische Landeshauptmann Theodor Kery vom damaligen Unterrichtsminister Fred Sinowatz mit den folgenden Worten aufgeklärt:

„Das ist das, was du im Burgenland schon die ganze Zeit hast.“¹⁰³

¹⁰⁰ Premstaller. S. 77

¹⁰¹ Vetter. S. 277

¹⁰² Premstaller. S. 82

¹⁰³ Fischer, Heinz. Die Kreiskyjahre. Wien 1993. S. 163

In einem Interview von Erich Eichinger, unmittelbar nach der Sitzung des SPÖ-Bundespartei Vorstandes, welches im Ö1-Morgenjournal des 7. Novembers ausgestrahlt wurde, äußerte sich der Kanzler wie folgt zur Generalvollmacht:

Erich Eichinger: Herr Bundeskanzler, Sie haben heute eine Generalvollmacht erhalten oder so was ähnliches, was bedeutet das jetzt in der Praxis?

Bundeskanzler Kreisky: Ja, das kann i net sagen. Ich habe darüber noch nicht so genau nachgedacht, aber das wird im Wesentlichen bedeuten, dass ich halt auf verschiedenen Gebieten, sagen wir, gewisse Überlegungen anstellen kann, ohne erst sehr lange auf, sagen wir, Entscheidungen warten zu müssen.“¹⁰⁴

Ein politischer Wechsel schien nun nicht mehr unmöglich, Bundesparteiobmann Taus und die ÖVP witterten Morgenluft und wollten dem scheinbar verletzten Wild nachsetzen. Doch weiß jeder Jäger, dass ein verletztes Tier oft am gefährlichsten ist.

Die ÖVP stilisierte nun den Bundeskanzler wegen der Generalvollmacht zu einem „Super Bruno“ hoch, was sich aber als ein politischer Bumerang erweisen sollte, denn dadurch wurde der Kanzler tatsächlich zum stärksten Kreisky aller Zeiten, auch im Wahlergebnis von 1979.¹⁰⁵

Das Kernkraftwerk Zwentendorf ging nicht ans Netz. Österreich blieb eine Atomfreizone innerhalb Europas. Die Kosten für das Kraftwerk und seine Einmottung beliefen sich bis 1985 auf 14 Milliarden Schillinge, als die GKT endgültig die „stille Liquidierung“ beschloss.

Die Auseinandersetzung um dieses Kraftwerk war aber auch die Initialzündung für ein neues Bürgerbewusstsein und ein Umweltverständnis, wie es das vorher in Österreich nicht gegeben hatte. Ohne der Diskussion um die Atomkraft in Österreich, ohne die Mobilisierung und Sensibilisierung weiter Teile der Bevölkerung, wäre im Jahr 1983 der Protest gegen das geplante Wasserkraftwerk Hainburg nicht in der Form denkbar gewesen, in der er stattfand. Aber auch die vierte Parlamentspartei Österreichs, die Grünen, haben zu einem nicht unerheblichen Teil ihre Wurzeln in den Ereignissen, die Gegenstand dieser Arbeit sind.

6. Literaturverzeichnis

Bierling, Stephan. Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart. München 2003.

Fischer, Heinz. Die Kreiskyjahre. Wien 1993.

¹⁰⁴ JF-781108

¹⁰⁵ Pittler, Andreas. Bruno Kreisky. Hamburg 1996. 121 f.

Höfner, Peter. Österreichs Elektrizitätswirtschaft und deren Kontroversen im europäischen Vergleich sowie die damit verbundenen Folgen im Rahmen des Strombinnenmarktes durch den EU-Beitritt. Wien 1999.

Klenner, Fritz. Die Österreichische Gewerkschaftsbewegung. Entstehung, Entwicklung, Zukunft. Wien 1987.

Nowotny, Helga. Experten – Öffentlichkeit – Entscheidungsträger. Die Auseinandersetzung um die Kernenergie aus soziologischer Sicht. Wien 1978.

Pittler, Andreas. Bruno Kreisky. Hamburg 1996.

Premstaller, Florian. Kernenergiepolitik in Österreich während der Ära Bruno Kreisky. Dipl. Arb. Wien 2001.

Rathkolb, Oliver. Kunz, Johannes. Margit, Schmidt. Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil. Wien 1996.

Schindegger, Christoph. Die Kernenergiekontroverse um Zwentendorf in österreichischen Tageszeitungen: Wissenschaftlich-technische Kontroversen im medialen Raum. Dipl. Arb. Wien 1995.

Tollmann, Alexander. Desaster Zwentendorf. Wien 1983.

Vetter, Herbert. Zwickmühle Zwentendorf. Ein Arzt untersucht die Kernenergie. Wien 1983.

Zehetgruber, Andrea. Die Geschichte des Kernkraftwerkes Zwentendorf von der Planung bis ins Jahr 1994. Dipl. Arb. Wien 1994.

Zemanek, Andrea Monica Natalie. Die Volksabstimmung Zwentendorf und ihre Vorgeschichte im Spiegel der österreichischen Karikatur. Dipl. Arb. Graz 1989.

Zöllner, Erich. Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wien 1984.

Veröffentlichte Dokumente

Bundeskanzleramt (Hrsg.). Regierungsbericht Kernenergie. Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat betreffend die Nutzung der Kernenergie für die Elektrizitätserzeugung. Wien 1977

BGBL 1969/227.

Journalsendungen

JM-680229_c

JA-680701_b

JA-680701_c

JA-680701_d

JM-690604_a

JA-690410_b

JM-760616

JM-760609

JM-760719

JM-760813

JM-761007

JM-761014

JM-761019

JM-761023

JM-761029

JM-761109

JM-761122

JM-761127

JM-761216

JM-770114

JM-770203

JM-770205

JM-770212

JM-770225

JM-770314

JM-770415

JM-770429
JM-770514
JM-770610
JM-770613
JM-770610
JM-770630
JM-770705
JM-770726
JM-770803
JM-770810
JM-771022
JM-780103
JM-780118
JM-780123
JM-780124
JM-780127
JM-780128
JA-780622
JM-780627
JM-780701
JM-780703
JM-780921
JF-781016
JF-781017
JF-781018
JF-781019
JF-781020
JF-781021
JF-781023
JF-781024
JF-781025
JF-781027
JF-781028
JF-781030
JA-781106
JM-781106
JF-781107